

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Postzusatzliste Nr. 4088a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeitspalte (unter deren Raum 15 Pfg., für Verhüllungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg.). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 189.

Freitag den 15. August 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Bericht

Der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

gibt der „Weltpolitischen Korrespondenz“ des Genossen Paris zu folgenden kritischen Äußerungen Anlaß:

Der Bericht unserer Reichstagsfraktion zeigt eine sehr umfassende und reichhaltige Thätigkeit. Ueberhaupt sind die Fraktionsberichte ein guter Maßstab für die Ausdehnung der parlamentarischen Arbeit der Partei. Vergleicht man diese Berichte für einen bestimmten Abschnitt, z. B. für die letzten zehn Jahre, so sieht man vor allem, mit welchem Fleiß die Fraktion sich in die verschiedenartigsten Materien, in die kleinsten Details hineingearbeitet hat. Die Fraktion ist nun „sachverständig“ in allen Fragen der parlamentarischen Gesetzgebung. Wäre sie eine bürgerliche Partei, so würde ihr nur noch ein Zuwachs von Mandaten fehlen, um die parlamentarisch maßgebende Partei zu werden. Rein parlamentarisch genommen, ist es deshalb sehr begreiflich, wenn auch in unseren Reihen mehr oder weniger schüchterne Stimmen auftauchen, dahingehend, daß wir doch ebenjogut die Minister des Reichs liefern könnten, wie die anderen Parteien.

Ja, wenn wir eine bürgerliche Partei wären! Dann würde unser Wachstum nur eine Verschiebung in der Zusammensetzung der bestehenden Klassen — etwa das fortschreitende Uebergewicht der Städte und der Industrie — bedeuten, und die Regierung würde dieser Verschiebung Rechnung tragen müssen. Wenn wir bloß eine antiagrarische oder gar nur eine antiklerikale Partei wären, so wären wir nahe unserem Ziel. Wenn eine Partei der kapitalistischen Industrie jene Millionen Wahlstimmen hinter sich hätte, die wir um unser Banner gesammelt haben, — tote resolut wäre da ihr Auftreten und wie gewaltig ihre politische Macht! Unsere sozialdemokratischen Ansichten stehen unserem parlamentarischen Einfluß im Wege.

Sowohl, insofern haben diejenigen vollkommen Recht, die in unserem Programm einen Ballast für die „positive Arbeit“ erblicken. Nur wäre eben die positive Arbeit ohne sozialdemokratisches Programm keine sozialdemokratische Arbeit, nur müßten wir erst lernen, die Arbeiterinteressen mit den kapitalistischen Interessen zu versöhnen, nur müßten wir aufhören, eine Arbeiterpartei zu sein, und uns in eine bürgerliche Partei verwandeln. Nur müßten wir dann unsere ganze Parteientwicklung verleugnen und die Stunde verfluchen, da Ferd. Lassalle die deutschen Arbeiter dem Freisinn untreu gemacht hatte!

Da wir aber unsere Ansichten behalten, so zeigt unser Fraktionsbericht andererseits, wie wenig wir durch alle unsere umfassende und sachkundige Thätigkeit im Parlament erreichen. Nichts ist ungerechter als der Vorwurf, den uns die Gegner machen, wir schieben positive Arbeit. Wenn etwas, so ist vielmehr überraschend, daß wir bei all' dem Fleiß und Eifer, den wir anwenden, um Positives zu schaffen, so ganz und gar nichts zustande bringen. Welche positive Ergebnisse unserer parlamentarischen Thätigkeit weist z. B. der in Rede stehende Fraktionsbericht auf? Der wichtigste Gesetzesentwurf — der über die Einschränkung der Kinderarbeit — blieb unerledigt. Eine Halbheit und ein Zwitterding ist er von Haus aus; aber was aus ihm werden wird, werden wir überhaupt erst sehen, wenn er aus der Kommissionsberatung herauskommt. Die Seemannsordnung wurde in die Kreuz und Quere zusammengestrichen. Die Reform der Seemannsordnung ist eine positive Arbeit unserer Partei — von niemand sonst als uns. Mit zäher Ausdauer hat die Partei dafür durch mehrere Jahre gekämpft. Erst verlor man und höhnte sie. Aber sie ließ nicht nach: sie wählte Thatsachen auf Thatsachen und ließ keine Gelegenheit unbenutzt, um die Sache zur Sprache zu bringen. Endlich sah man sich genöthigt, eine Reform zu versuchen. Und nun, die Arbeit unserer Partei in der Kommission: welche Mühe, welchen Fleiß, welche Ueberredungskünste hat sie angewandt, um die wenigen, an und für sich ungenügenden, im Vergleich zu dem, was nöthig ist, höchst armseligen Verbesserungen durchzusetzen! Dann kommt der Entwurf zur zweiten Lesung, und schamlos, brutal reißt die Majorität alles herunter, was wir Positives geschaffen haben, aus Verbesserungen Verbesserungen, so daß wir schließlich uns gezwungen sehen, gegen das Gesetz zu stimmen. Ein geradezu klassisches Beispiel für das negative Ergebnis unserer positiven Thätigkeit!

Zunehmend enthält die Seemannsordnung gewisse reale Vortheile für die Arbeiter. Aber schon eine rein formelle Bedeutung hat vorläufig die Errichtung einer Arbeitsstatistischen Abteilung beim Statistischen Amt — rein formell, denn es hängt davon ab, wie das gemacht wird. Bei alledem wird durch diesen Schritt nach vorwärts nur der Schritt nach rückwärts wettgemacht, der durch die Aufhebung der Kommission für Arbeiterstatistik gemacht worden war. Und es bleiben bestehen die Einschränkungen der Bericht-

erstattung der Fabrikspektoren, die, wenn man sie sich frei hätte entfalten lassen, sicherlich mehr zur sozialpolitischen Aufklärung leisten würde, als amtliche statistische Zählungen!

Damit sind wir aber auch am Ende der positiven Ergebnisse unserer äußerst umfassenden parlamentarischen Thätigkeit. Unsere eigenen Initiativanträge kamen nicht einmal auf die Tagesordnung.

Andererseits werden neun Zehntel unserer Thätigkeit im Reichstage absorbiert durch die Bekämpfung von Gesetzesvorlagen, die wirtschaftlich oder politisch auf eine Benachtheiligung der Arbeiter hinausgehen. Wir haben alle Hände voll zu thun, um die Militär-, Marine- und Kolonialpolitik, die Steuern zc. zu bekämpfen; dennoch finden die Rüstungen statt und die Steuern werden bewilligt.

Das alles dürfte nur denjenigen enttäuschen, der glaubt, innerhalb des kapitalistischen Staats einen Arbeiterstaat aufbauen zu können. Dieser wird sich auf Schritt und Tritt überzeugen müssen, daß er eine Danaidenarbeit leistet. Für uns aber, die den Hauptwerth der parlamentarischen Thätigkeit in der Organisation einer selbstständigen Arbeiterpartei erblicken, kann der Nachweis der Unmöglichkeit der Einschaltung einer proletarischen Politik in die kapitalistische nur willkommen sein. Aus der parlamentarischen Thätigkeit unserer Partei ersehen die Arbeiter: 1. Was alles zu ändern, was alles nothwendig sei. 2. Wie wenig von alledem zu erreichen sei, solange das Kapital die herrschende Macht im Staat bildet. Woraus sich von selbst jene Schlußfolgerung ergibt, die den Kardinalpunkt unseres Programms bildet: die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Wir arbeiten nicht an der Reorganisation des Kapitals, sondern an der Organisation des Proletariats. Behält man das im Auge, so wird man in den gefehgeberischen negativen Resultaten der parlamentarischen Thätigkeit nur Anreiz finden in einer verschärften Kritik und einer verstärkten Agitation. Das führt mich zu dem Punkt, wo mich die Thätigkeit der Fraktion unbefriedigt läßt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bei der Reichstags-Graswahl im bayerischen Wahlkreis Forchheim-Kulmbach wurden nach einer Wolffschen Drahtung bis 9 Uhr Abends gezählt für: Faber (N. und Fp.) 1266, für Reinhardt (S.) 790, Weillböck (Bauernbund) 423, Böllner (S.) 161 Stimmen. — Dies Theilergebnis ist noch zu wenig, um erkennen zu können, auf welcher Seite sich die Schale des Sieges schließlich neigen wird.

Der Kaiser und das bayerische Zentrum. Wie das „Wolffsche Telegraphenbureau“ aus München erfährt, sind zwischen dem Kaiser und dem Prinzregenten Luitpold von Bayern nachstehende Telegramme ausgetauscht worden:

Swinemünde, 10. August. An den Prinzregenten von Bayern, München. Von meiner Reise eben heimgekehrt, lese ich mit tiefer Entrüstung von der Ablehnung der von Dir geforderten Summe für Kunstzwecke. Ich eile, meiner Empörung Ausdruck zu verleihen über die schon öfters undankbarkeith, welche sich durch diese Handlung kennzeichnet, sowohl gegen das Haus Wittelsbach im Allgemeinen als auch gegen Deine erhabene Person, welche stets als Muster der Hebung und Unterstützung der Kunst gegläntzt hat. Ingleich bitte ich Dich, die Summe, welche Du benötigst, Dir zur Verfügung stellen zu dürfen, damit Du in der Lage seist, in volstem Maße die Aufgaben auf dem Gebiete der Kunst, welche Du Dir gestellt hast, zur Durchführung zu bringen. Wilhelm.

S. Maj. Kaiser Wilhelm, Swinemünde. Es drängt mich, Dir meinen innigsten Dank für Dein so warmes Interesse an meinen und meines Hauses Bestrebungen auf dem Gebiete der Kunst und für Dein so hochherziges Anerkennen anzuspreden. Ingleich freut es mich, Dir mittheilen zu können, daß durch den Bescheid eines meiner Reichsräthe, welcher die abgelehnte Summe zur Verfügung stellte, meine Regierung in die Lage versetzt ist, getreu den Traditionen meines Hauses wie meines Volkes die Pflege der Kunst als eine meiner vornehmsten Aufgaben unentwegt fördern zu können. Jagdhaus Fischbach, 11. August.

Luitpold, Prinz von Bayern. Auffallend erscheint es nach der „Frei. Zeitg.“, daß das Wolffsche Telegramm nicht, entsprechend den Gepflogenheiten des „Wolffschen Bureaus“, aus München datirt ist, sondern aus Berlin, wodurch der Eindruck hervorgerufen wird, daß nicht aus München, sondern von einer Stelle in Berlin die Veröffentlichung des Telegrammwechsels veranlaßt worden ist. Im Uebrigen gehört, wie die „Frankf. Ztg.“ sehr treffend bemerkt, das kaiserliche Telegramm zu jenen impulsiven Aktionen, die, aus den besten und berechtigtsten Empfindungen hervorgegangen, doch der Sache zum Mindesten nicht förderlich sein werden, denn die Einmischung des Kaisers in die Budgetrechte des bayerischen Landtages wird das Zentrum, dessen Reihen bereits durch die natürliche Entwicklung der Dinge ins Schwanken gerathen waren, wieder fest zusammenschließen.

Posadowsky amtsmüde? Raum können die Be-

richte über die höchst interessanten und stoffreichen Verhandlungen der Zolltariffkommission auf einige Wochen aus den Zeitungen verschwinden, da sorgen einige Blätter schon wieder schleunigst für eine neue „sensationelle“ Neuigkeit, die eifrig in Leitartikeln diskutiert wird: Posadowsky soll amtsmüde sein und Neigung haben, sich an Stelle des durch den Fall Böhmig kompromittirten jetzigen Oberpräsidenten von Bitter nach Posen zurückzuziehen. Auch Herr von Rheinbaben soll die längste Zeit an Kasanienwäldchen in Berlin gewohnt haben. Die konservative „Elbinger Ztg.“ hat die Nachrichten zuerst in Verbindung mit einander gebracht. Sie erklärt, der Rücktritt Rheinbabens hätte mit dem Falle Böhmig nichts zu thun. „Nichtig ist jedoch, daß Herr von Rheinbaben nicht nur sehr gegen seinen Willen das Finanzministerium übernahm, sondern daß er auch bereits jetzt mit dem Gedanken umgeht, bei passender Gelegenheit wieder von der Bildfläche zu verschwinden. Er selbst war wohl am meisten davon überrascht, als ihn Sr. Majestät an die Spitze des Finanzministeriums berief. Als treuer Diener seines Königs glaubte er jedoch diesem Rufe Folge leisten zu müssen.“ Für den Oberpräsidenten von Bitter hat das konservative Blatt auch schon einen Nachfolger auf Lager, nämlich den Staatssekretär Grafen Posadowsky: „Der Graf dürfte, sagt das Blatt, zweifellos der geeignetste Oberpräsident sein, den man für die Provinz Posen überhaupt finden könnte. Sein Scheiden aus dem Reichsamt des Innern wird aber dort eine nicht so leicht wieder zu schließende Lücke hinterlassen, da Graf Posadowsky sicherlich zu den befähigsten Mitgliedern unserer Regierung gehört. Aber er dringt darauf, sein jetziges Amt möglichst bald mit einem etwas weniger aufregenden Posten in der Provinz vertauschen zu können, da seine Kräfte durch die aufreibende Berliner Thätigkeit bereits stark abgearbeitet sind.“ — Das Ganze scheint lediglich eine Versuchente zu sein. Denn das Gefasel über Rheinbaben starrt von offenkundigen Irrthümern; und was Posadowsky anlangt, so spricht doch der gegenwärtige Moment in den Zollverhandlungen nicht dafür, daß Posadowsky an seinen Abschied dachte.

Wahltag. Bei der Graswahl zur Gemeindevertretung in Lichtenberg bei Berlin entfielen sämmtliche 330 abgegebenen Stimmen auf die Kandidaten der Sozialdemokratie. Unsere Genossen verfügen nun wieder über 8 Mandate, die ganze dritte Abtheilung, von 21. — 24 Gemeindevertreter, 6 Schöffen und 1 Vorsteher.

Los vom Kohlenyndikate! Wir brachten gestern die Mittheilung, daß die Hamburg-Amerikanische Paquetfahrt-Gesellschaft ihren Kohlenbedarf in Zukunft nicht mehr beim Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat, sondern in Oberschlesien decken werde. Wie jetzt verlautet beträgt die Menge, die die Hapag-Gesellschaft in Oberschlesien an Kohlen bestellt hat, 1.600.000 Zentner. Uebrigens scheint noch ein zweiter guter Kunde sich vom Kohlenyndikate abwenden zu wollen. Aus Essen a. R. wird nämlich der „B. Ztg.“ geschrieben: „Die Firma Krupp, die schon früher die Zechen „Salzer-Knecht“ und „Hannover“ besaß, hat auf der Zeche „Hannibal“, welche sie vor einiger Zeit erworben hat, bei Grünigfeld einen neuen Schacht niederbringen lassen, der seiner Vollendung entgegengeht. Die Arbeiten auf Zeche „Emscher Lippe“, deren Grubenfelder sie im vorigen Jahre erworben hat, werden an beiden Schächten so eifrig gefördert, daß man bald das Kohlengebirge zu erreichen hofft. Die Zeche ist so angelegt, daß sie später durch einen Stachkanal mit dem Emscher Lippe-Kanal verbunden werden kann, wodurch eine sehr billige Transportmöglichkeit geschaffen wird. Alles dies deutet darauf hin, daß die Firma Krupp sich vom Kohlenyndikat unabhängig machen will.“ — Der Abfall der besten Kunden wird das Syndikat schließlich wohl doch noch zu der Einsicht bringen, daß es sich mit seiner Preispolitik selbst schadet.

Dem Verdienste seine Krone. Professor Dr. Theodor Schiemann in Berlin, ein Mann, der das Glück hatte, daß polnische Studenten bei einem seiner Geschichtsvorträge mißbilligend gescharrt haben — wofür sie prompt die Strafe der Relegation und theilweise sogar der Ausweisung traf — und der außerdem für die „Preuszg.“ sehr langweilig „rumschaut“, ist auf Grund „besonderer Ermächtigung des Königs“ vom außerordentlichen zum ordentlichen Honorarprofessor an der Berliner Universität ernannt worden. Die Vor schläge der Fakultät haben sich „in anderer Richtung bewegt“. Wie konnte die Fakultät auch des Gefinnungsstüchtigen vergessen!

Den russischen Schergen ausgeliefert! Der russische Student Kalajem, der in Moskau in Haft gehalten wurde, ist nunmehr, wie jetzt aus Breslau gemeldet wird, thatsächlich an Rußland ausgeliefert worden. Wie das „Oberschles. Tagebl.“ erfahren haben will, soll die Auslieferung auf Anordnung des Regierungspräsidenten von Oppeln erfolgt sein und zwar unter der Annahme, daß Kalajem „ein Genosse“ des Attentäters auf Sibirien sei. Diese Mittheilung

Ist weit entfernt, Aufklärung über die dunkle Angelegenheit zu bringen. Eine förmliche Auslieferung auf Grund internationaler Verpflichtungen kann nicht vom Regierungspräsidenten verfügt werden, sondern müßte vom Auswärtigen Amt beziehentlich dem Reichskanzler ausgehen. Auch würde sicherlich, wenn überhaupt ein Auslieferungsantrag Russlands bei der Reichsregierung gestellt worden wäre, längst Mitteilung über diesen Sachverhalt gegeben sein. Wir halten es aber als gänzlich ausgeschlossen, daß Kalajew an der That gegen Sipiagin irgendwelche Beteiligung gewesen ist und daß irgend welche Schuldbeweise gegen ihn seitens der russischen Regierung vorgebracht sein könnten. Die Mitteilung des „Oberstleut. Tagebl.“ scheint auch nur bezagen zu wollen, daß Kalajew ein Bekannter des Attentäters gewesen sei. Auch wenn diese Thatsache richtig ist, was wir nicht wissen, so würde sie eine Auslieferung selbstverständlich nicht rechtfertigen. Die Angelegenheit erfordert dringend eine öffentliche Aufklärung.

Ein Erfinderstreit, der des politischen Hintergrundes nicht entbehrt, ist dieser Tage, wenn auch nicht erst ausgebrochen, so doch in ein Stadium gelangt, in dem er die Öffentlichkeit in hohem Grade interessieren muß. Im römischen „Corriere della Sera“ beschuldigt der berühmte Erfinder der Funkentelegraphie, Marconi, den bekannten Berliner Professor Slaby, er habe sich durch eine Erfindung die Idee der drahtlosen Telegraphie angeeignet und Marconis Erfindung in verschlechterter Form in Deutschland auf seinen Namen patentieren lassen. Man würde die Auseinandersetzung über diesen Erfinderstreit ruhig den Fachmännern der Technik überlassen dürfen, wenn nicht Professor Slaby auch außerhalb elektrotechnischer Fachkreise eine sehr bekannte und vielbeliebte Persönlichkeit wäre; wie manche Elektrotechniker behaupten, ist er außerhalb seines Faches sogar viel beliebter und bekannter als innerhalb des Faches. Er ist seit Jahren eine Zierde der Berliner Hofgesellschaft, die sich von der Höhe seiner Fähigkeiten überzeugte, als er die Beleuchtung des Weißen Saales im königlichen Schlosse einrichtete, wobei er sich allerdings wieder mehr als Beleuchtungsdekorateur denn als Beleuchtungs-techniker hervorgethan hat. Uebrigens war er die größte Attraktion des sogenannten „elektrischen Ueberbrettl“, das Herr v. Bobbelski seiner Zeit im Reichspostmuseum für hohe Kreise veranstaltete. Die wirtschaftliche Ausnutzung Slaby'scher Erfindungen liegt der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft ob, in deren Vorstand die bekannten Herren Rathenau und Ballin sitzen, die ebenfalls an den Beratungen der elektrischen Hoffnung eifrig beteiligt gewesen sind. Nach alledem scheint Professor Slaby für die Elektrotechnik ungefähr das zu bedeuten, was Joseph Lauff für die Dichtkunst und Anton v. Werner für die Malerei. Geradezu unheimlich wird nun die Geschichte durch die Behauptung Marconis, Slaby habe sich bei ihm durch einen Brief des Deutschen Kaisers eingeführt. Das wäre für ihn Grund genug gewesen, Slaby in der offenkundigsten Weise in die Geheimnisse seiner Erfindung einzuführen, hätte aber diesen nicht gehindert, seine Erfahrungen in mißbräuchlicher Weise industriell zu verwerten. Hätte Marconi Recht, dann hätte der Berliner Erfinder nicht nur mit fremden Erfindungen, sondern auch mit dem Briefe seines Gönners einen argen Mißbrauch getrieben. Man wird sich freilich davor hüten müssen, in vorerwähnter Weise hier oder dort Partei zu ergreifen. Handelt es sich doch um Probleme, die nur einem engen Kreise von Fachleuten geläufig sind, und daß Erfinder eine starke Phantasie haben, gehört zu ihrem Berufe. Wenn aber auch Slaby im Wesentlichen selbstständig gearbeitet haben sollte, und wenn nur soviel wahr bleibt, daß Geschäftsleute — denn ein Geschäftsmann ist Professor Slaby — sich in den Besitz kaiserlicher Empfehlungsschreiben setzen können, zeigt es sich doch, daß auch die in der liberalen Presse so überwiegend gerühmte neueste Richtung des neuen Kurses ihre Schatten-seiten hat und auf Situationen hintritt, die gerade von den Freunden des Monarchismus immerhin als peinlich empfunden werden müssen.

Der gesundheitsfählende Militarismus. Ueber die Geisteskrankheit im Heere hat Dr. Ewald Stier in der „Allg. Zeitschrift für Psychiatrie“ beachtenswerthe Thatsachen und statistische Angaben über das Vorkommen der schweren Formen von Nerven- und Geisteskrankheit in den Heeren der verschiedenen Staaten Europas veröffentlicht. Zunächst geht er dabei auf die ausserordentlich große Bedeutung der Geschlechtskrankheiten als Ursachen der Nerven- und Geisteskrankheiten ein. Nach seiner Untersuchung hat sich dieser Zusammenhang namentlich gezeigt in den Heeren Frankreichs, Englands und Deutschlands. Uebrigens ist derselbe Nachweis auch schon früher von Dr. Rieger in Würzburg für Deutschland und von Dr. Mittle für England geführt worden. Dr. Stier bemerkt jedoch, daß in vielen, wenn nicht in allen Fällen, noch andere Ursachen hinzukommen, nämlich der Alkoholmißbrauch und in geringerem Umfang die Folge von Verlesungen. Die männliche Hygiene war in den europäischen Heeren noch vor einem Vierteljahrhundert eine seltene Erscheinung, aber jetzt ist sie nicht ungewöhnlich, namentlich in den Heeren von Mitteleuropa.

Seine politische Nachrichten. Wie ein polnisches Blatt meldet, wird der Fall Bohning ein gerichtliches Sachspiel haben. Man erwartet weitere Entschärfungen konfessioneller Charaktere. — Die der „Dziennik Suijanski“ meldet, daß der Herausgeber dieses Blattes, Katiński Bierzinski, verhaftet worden. Die Ursache der Verhaftung ist noch unbekannt. — Die dänische Regierung hat ihren ersten Wahlzettel zum Landsting zu verzeichnen: Die Forderungen sind nicht gering. — Der französische Minister Pelletan äußert an, daß die Sonntags-Feststellungen abgelehrt werden und daß ferner die Kontrolle jedes Morgens nach ihrer Maßzeit eine Stunde Ruhe erhalten.

Russland.

Von Abdankungsgelübden des Zaren weiß ein Journalist, der in London lebt, zu berichten. Wie wir der „Köln. Zig.“ entnehmen, wird dem Londoner Blatte aus Moskau gemeldet, in den letzten Tagen am 1. August gehe das Gerücht, der Zar habe seinen intimen Ratgebern gegenüber erklärt, den Thron abzugeben, zu Gunsten eines anderen Mitglied der Dynastie. Er soll gänzlich entschlossen worden sein durch die innere Lage, da er weder die

Willenskraft noch die physische Kraft besitze, Herr der Lage zu werden und seiner reaktionären Umgebung Trost zu bieten. Der Entschluß, abzudanken, werde wahrscheinlich unwiderruflich sein, falls ihm kein Thronerbe geboren werde. — Daß die Trostlosigkeit der sozialen und sonstigen inneren Zustände Russlands den Zaren bekümmert, läßt sich verstehen. Daß er aber nicht im Stande ist, die Richtigkeit der Meinung vorausgesetzt — sich von seiner reaktionären Umgebung los zu machen, beweist, wie unfrei der „Selbstherrscher aller Russen“ ist.

Oesterreich-Ungarn.

Der Streik der galizischen Landarbeiter. Aus Lemberg wird der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben: Im Bezirk Brzeczany haben 27 Gemeinden gestreikt. In fünfzehn Gemeinden ist der Streik mit dem Siege der Streikenden beendet, in drei Gemeinden nahmen die Streikenden die Arbeit unter den früheren Bedingungen wieder auf und in drei Gemeinden dauert der Streik noch fort. Ähnlich ist das Verhältnis in anderen Bezirken, wenn sich auch in manchen Bezirken die Grundbesitzer gegen Konzeptionen wehren. Im Bezirk Kamionka streikten noch 21 Gemeinden, darunter auch die polnische Gemeinde Adamy, ein Beweis, wie wenig die Landarbeiterbewegung nationale Gründe hat. In der Umgebung von Lusse, Bezirk Zaleszczyki, wurde in den meisten Gemeinden der Streik beendet, indem die Bauern die zehnte Garbe statt der bisherigen zwölften Garbe bewilligt erhielten. Der Bezirkshauptmann von Zaleszczyki hat an die Gemeindevorsteher ein Rundschreiben gerichtet, worin er sie „auf Grund des Restripts der Statthalterei“ auffordert, die Bauern zu belehren, daß die Brotschüren des Genossen Witul und des ruffinischen Radikalen Budzynowski bloße Agitationschriften seien, die in gewissenloser Weise das Volk betrügen wollen. In Lutawiec, Bezirk Brody, wurde der Streik mit einem Siege der Streikenden beendet. Dagegen sind in Jarzyczowki und Czystopady wiederum neue Streiks ausgebrochen.

Italien.

Der Zustand der Bauern in Ravenna hat sich nunmehr auch auf die Arbeiter der Zuckerfabriken ausgedehnt und ist sehr ernst geworden. In Sovona befinden sich seit Sonnabend 2000 Arbeiter der Eisenwerke im Auslande, weil zwei Arbeiter unter Umgehung der vom Schiedsamt bestimmten Reihenfolge auf besser bezahlte Posten befördert wurden. Die Besitzer sind, wie bürgerliche Blätter zu berichten wissen, entschlossen, lieber die Fabrikanlage ganz zu schließen, als nachzugeben.

Frankreich.

Vom Kulturkampfplatze. Die Regierung begegnet in ihrem Kampfe gegen die Ordenschulen immer größeren Schwierigkeiten; jetzt erweisen sich sogar die Gerichte als widerpenstig. Wie gemeldet wird, erklärte ein Beschluß des Appellationsgerichtshofes in Lyon die Anlegung von Siegeln an den Schulen der Schwestern von Saint-Charles für ungesetzlich und verfügte deshalb die Abnahme der Siegel.

England.

Die Zwei-Millionen-Klage der walisischen Bergwerksbesitzer gegen die Organisation der Bergleute von Wales ist, wie schon dieser Tage kurz berichtet, vom Richter Bigham in erster Instanz abgewiesen worden. Die Arbeiter hatten bekanntlich, um einer Lohnherabsetzung in Folge Ueberproduktion vorzubeugen, aus eigenem Antrieb einige Tage gestreikt. Gestützt auf den bekannten Taff-Val-Entscheid wollten die Bergwerksbesitzer nun die Organisation für ihren „Schaden“ verantwortlich machen, denn, so behaupteten sie, die Beamten der Föderation der Bergleute hätten sich „in böser Absicht“ verschworen, ihre Leute zum Kontraktbruch zu verleiten. Dies deshalb, weil diese Beamten die Feiertage anordneten, freilich nach dem Taff-Val-Entscheid nicht mehr als Beamte des Verbandes, sondern als Mitglieder der Kommission für die gleitende Lohnskala. Der Richter hat nun erklärt, daß allerdings die Beamten des Verbandes die Arbeiter zum Kontraktbruch verleiteten. Aber — sie thaten es „ohne böse Absicht“, und deshalb sind sie nicht strafbar. Die Ueberraschung über den Urtheilspruch ist in England allgemein. Man geht nicht fehl, wenn man in dem Ausgang des Prozesses die Wirkung des politischen Erwachens der englischen Arbeiterklasse sieht. Hat doch Richter Bigham den Parteien, also den Besitzern, ausdrücklich empfohlen, nicht an die höhere Instanz zu gehen, denn es sei nicht gut, „bittere Gefühle zu fördern und die Beziehungen zwischen Besitzern und Arbeitern schwierig und unangenehm zu machen“.

Kohheiten englischer Offiziere. Nicht nur in England awaisiren sich britische Offiziere damit, an mißliebigen Personen in roher Weise ihr Rütchen zu kühlen, wie es vor Kurzem in dem Life Guards Regiment in Windsor stattfand, wo man einen Kollegen, der sehr fleißig den Militärfachwissenschaften oblag, mißhandelte. Auch im Auslande werden derartige „Schere“ getrieben, und von Kapstadt sind gerade jetzt interessante Einzelheiten über einen ganz skandalösen Vorgang eingetroffen, der sich bereits am vergangenen Weihnachtstage ereignete. Es war ein militärischer Tanz arrangirt worden, zu dem auch der Journalist Mr. Gardiner Staunford eingeladen wurde. Die Offiziere hatten mit diesem Herrn nach ihrer Ansicht ein Hühnchen zu pflücken, weil er wiederholt rückhaltlos das Treiben der Offiziere in Kapstadt in seinem Blatte gezeifelt hatte. Gegen 3 Uhr Morgens, nachdem der Tanz vorbei war, führten zwölf Offiziere den Journalisten in ein separates Zimmer, saßen dort über ihn zu Gericht, schleppten ihn in den Garten des Hotels und warfen ihn dort in einen Teich. Nach diesem kalten Bade wurde ihm die Hälfte seines Bartes und Haupthaars abrasirt, ihm die Kleider vom Leibe gerissen und er sodann vollständig nackt in verschiedenen klaglichen Positionen photographirt. Dies geschah um 5 Uhr Morgens im hellen Tageslicht und vor den Augen verschiedener Damen, die von den Hotelbesitzern aus zusehnten. Mr. Staunford hat natürlich Klage gegen die Offiziere eingereicht und 1500 Pf. Schadenersatz zugesprochen bekommen. Der Pressenfor unterdrückte dann alle Berichte über diesen ungeheuerlichen Skandal, so daß die Einzelheiten erst jetzt bekannt wurden.

Türkei.

Eine Alarmmeldung kommt vom Balkan. In Spet jand, wie die „Köln. Zig.“ aus Belgrad meldet, eine große

Versammlung hervorragender Albanesen statt, die über den neulich an der serbischen Grenze vorgekommenen Zusammenstoß beriethen. Die Majorität verlangte die Entsendung eines Telegramms an den Sultan, um ihn zu einer Kriegserklärung an Serbien aufzufordern. Dieser Krieg — so heißt es darin — würde den Türken weder Geld noch Menschen kosten, weil die Albanesen alles auf sich nehmen würden. Auch wird behauptet, man habe in Konstantinopel gedroht, daß die Albanesen revolütiren und Schutz bei Oesterreich suchen würden, falls ihrem Begehren nicht entsprochen würde. An der Spitze dieser serbenfeindlichen Aktion steht ein bekannter Serbenfeind Riza Bey, unter dessen Anführung auch sonstige Greuel verübt werden, denen gegenüber die türkischen Behörden machtlos sind. — Den kriegslustigen Albanesen thut anscheinend eine gründliche Abkühlung noth.

Amerika.

Ueber die heftigen Kämpfe, welche in Venezuela, um Barcelona stattgefunden haben, wird noch gefabelt: Der Kampf währte drei Tage (vom 6. bis 8. August), bis die Regierungstruppen aus allen Stellungen geworfen. Auf beiden Seiten gab es 167 Tode. Gefangen wurden der Kommandeur der Regierungstruppen, 3 Generale und 23 Obersten. Alle Läden wurden geplündert, besonders ausländische, ebenso das französische Konsulat, sowie das amerikanische, italienische und holländische Konsulat. — Augenblicklich greifen die venezolanischen Aufständischen Cumana an. Da die Zahl der Vertheidiger nur 350 beträgt, ist die Eroberung der Stadt sicher.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 14. August.

Achtung Maurer! Ueber den Arbeitsplatz von Carl Thiel u. Söhne ist die Sperre verhängt.

Die Lohnkommission.

Eine stark besuchte Versammlung der Maler Lübecks, welche Mittwoch, den 13. August, stattfand, beschäftigte sich mit der Umgehung des Tarifs seitens einzelner Unternehmer und der Maßregelung der Kollegen, welche sich weigerten, den betr. Meistern dabei hülfreiche Hand zu reichen. Nachdem der Altgeselle Möller die Sache klar gelegt hatte, und nach eingehender Diskussion, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am Mittwoch, den 13. August, tagende öffentliche Versammlung der Maler Lübecks verhängt in Anbetracht der vorliegenden Tarifumgehung sowie der Maßregelung der Kollegen, welche nicht unter dem Tarife arbeiten wollten, über die Meyer'sche Werkstelle in der Königstraße die Sperre und verpflichtet sich, die in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen auf jede Art kräftig zu unterstützen.“

Baupolizeiliches. Mit welchen Schwierigkeiten Unternehmer für industrielle Anlagen in hiesiger Stadt zu rechnen haben, zeigt nachstehender Fall, welcher nachträglich zu unserer Kenntniß gelangt. In der letzten Generalversammlung der Lübecker Genossenschaftsbäckerei (e. G. m. b. H.) führte u. A. der Vorsitzende auch an, daß die Behörde bedauerlicherweise die Genehmigung verjagt habe, den beabsichtigten Neubau der Bäckerei auf dem der Genossenschaft gehörigen Mühlengrundstück, Töpferweg 75, aufzuführen, und zwar aus folgenden Gründen: „Es sei unmöglich, die bestehende Silleitung weiter zu belasten; ferner sei die Verlängerung des Töpferweges zu einer ordnungsmäßigen Straße zur Zeit nicht angängig.“ Die Genossenschaft ist deshalb gezwungen, ein neues Projekt auszuarbeiten zu lassen, und um die Genehmigung zum Neubau auf dem jetzigen Bäckereigrundstück Töpferweg 65 einzukommen. Sie hat natürlich durch die nicht erfolgte Ertheilung der Baugenehmigung unnütze Kosten gehabt, ferner auch viel Zeit verloren; denn der Bau wäre andernfalls zum Herbst bereits unter Dach und Fach gewesen, während jetzt mit dem Bau noch nicht angefangen werden könne. Der Vorstand gebe sich jedoch der sicheren Hoffnung hin, daß das jetzt eingereichte Projekt bei der Behörde ohne irgendwelche Ausstellungen passiren und glatt genehmigt werden wird. — Wir können die seitens der Baupolizei angeführten Gründe nicht gerade als besonders stichhaltig anerkennen. Durch Anwendung technischer Hilfsmittel hätte sich der ursprünglich geplante Neubau sehr wohl ermögligen lassen. In anderen Städten kommt man doch bei Industriebauten den Unternehmern in aller nur erdenklichen Weise entgegen, während man hier immer Schwierigkeiten über Schwierigkeiten aufhäuft. Selbstverständlich muß sich insolge dessen immer dringender der Wunsch geltend machen, daß der Baubehörde eine Erneuerung an Haupt und Gliedern dringend noth thut. Es geht durchaus nicht an, daß die Industrie in ihrer Entfaltung dadurch gehemmt wird, daß die Baubehörden früher nicht genug Weitblick besessen haben.

Auf der Lübeck-Schlutupfer Eisenbahn, die dieser Tage eröffnet werden wird, werden zunächst werktäglich drei und Sonntags vier Züge von und nach hier verkehren. Die Fahrzeit wird 30 Minuten betragen; die Züge führen nur zweite und dritte Klasse. Ueber die Fahrpreise verlaute, daß die einfache Fahrt in 2. Klasse 80 Pfg., in 3. Klasse 55 Pfg. kosten soll; die Preise der Retourbillette stellen sich auf 1,20 Mk. bez. 80 Pfg. — Die Lübeck-Büchener Eisenbahndirektion, welche die Bahn verwalten wird, scheint also immer noch nichts gelernt zu haben; denn die Fahrpreise sind außerordentlich hoch. Dabei hat sich doch gerade überall gezeigt, daß die Rentabilität einer Bahn um so besser ist, je preiswürdiger sich der Personentarif stellt. Auch der Aufschwung unserer Straßenbahn darf doch erst seit jener Zeit, als man zum 10 Pfennig-Tarif überging.

Tage des Arbeitsmarktes. In dem Geschäftsgang der Arbeitsnachweise bietet der Juli einen kritischen Monat. Nachdem die erste sommerliche Geschäftshäufung erledigt ist, pflegt in jedem Jahre der Juli einen Rückschlag durch Erhöhung der Zahl der Arbeitsuchenden aufzuweisen. Es darf immerhin als günstiges Zeichen betrachtet werden, daß der Rückschlag in diesem Jahre ausgeblieben ist, ja sogar gegen den Vormonat sich eine kleine Verminderung des Andranges zeigt. Während an den deutschen Arbeitsnachweisen nach der Statistik der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ auf hundert offene Stellen im Juni 167,8 Arbeitsuchende kamen, waren es im Juli diesmal 163,4. Die Krankenkassen, die voriges Jahr

einen Rückgang ihrer Mitgliederzahlen um 0,7 Prozent aufweisen, zeigen dieses Mal eine, wenn auch nur winzige Zunahme um 0,1 Prozent. In einzelnen Städten, wie in Stuttgart und München, hat sogar die Zahl der Beschäftigten ganz beträchtlich zugenommen. Günstig beeinflusst wurden davon die Bautischlerei, das Malergewerbe, Klempnereien und Installationsgeschäfte. Auch die Nachfrage nach Holz hat sich etwas gehoben, ohne daß in der Arbeitsmarkt im gesamteten Holzgewerbe eine Besserung gezeigt hätte. Trotz der erfreulichen Besserung gegenüber dem Juni dauert der ungünstige Beschäftigungsgrad in den beiden für den gewerblichen Arbeitsmarkt ausschlaggebenden Industriezweigen, im Bergbau und Eisen-Gewerbe, noch immer an. Nicht unbefriedigend liegt der Arbeitsmarkt im Schneidergewerbe, namentlich sofern es von der Großkonfektion abhängt. Auch Nahrungs- und Genussmittelgewerbe klagen über Mangel an Beschäftigung. In der Brauerei, Mülerei, sowie in der Tabakindustrie hat das Geschäft im Juli weiter abgenommen. In der Landwirtschaft, wo im Juli die Hochsaison einsetzte, erhielten in ländlichen Industrieorten viele gewerbliche Arbeiter, die sonst um eine Stellung verlegen gewesen wären, für mehrere Wochen Beschäftigung.

Poffendungen an Soldaten im Manöver. Beim Herranziehen der militärischen Herbstübungen wird dringend empfohlen, Poffendungen für die an den Übungen teilnehmenden Offiziere und Mannschaften nicht nach den in kurzen Zwischenräumen wechselnden Quartieren, sondern stets nach den ständigen Garnisonorten zu richten, da nach den getroffenen Maßnahmen die schleunige und richtige Zuführung der Sendungen an die Empfänger auf solche Weise am besten gesichert ist. Ferner ist es unumgänglich notwendig, daß den Aufschreibern der Poffendungen an alle im Manöver befindlichen Militärpersonen (Mannschaften sowohl wie Offiziere und Einjährig-Freiwillige) außer dem Familiennamen auch den Dienstgrad und Truppentheil (Regiment, Bataillon, Kompagnie, Eskadron, Batterie usw.) genau anzugeben, falls nicht unerwünschte Verzögerungen in der Ueberkunft eintreten sollen. Außerdem hat es vielfach zu Unzutrefflichkeiten geführt, daß die Poffendungen an Offiziere und Einjährig-Freiwillige, für die die Postverwaltung Gewähr leistet, — also Pakete, Postanweisungen, Werthbriefe usw. — mit der Bezeichnung „postlagernd“ bei den im Manövergelände belegenen Postanstalten eingehen. Bei der Abholung derartiger Sendungen ist sehr häufig der Mangel an genügenden Ausweispapieren festzustellen gewesen, wodurch für die Empfänger vielfach Weiterungen entstanden sind.

Das Kaninchenfleisch als Nahrungsmittel. Man schreibt uns: Obgleich bei uns die Kaninchenzucht in den letzten Jahren schon recht gute Fortschritte gemacht hat, so müssen wir doch zugeben, daß die Ausbreitung derselben noch lange nicht im Verhältnis zu ihrem Nutzen steht. Blicken wir nach Frankreich, Belgien und England, so können wir sehen, wie viel bei uns noch zu thun ist, um es dahin zu bringen, daß wir sagen können, Kaninchenfleisch ist Volksnahrungsmittel. Gerade jetzt, wo die Fleischpreise so gewaltig gestiegen sind und in Folge der projektirten Bülle noch weiter steigen werden, da sollte man sich danach umsehen, den minder Bemittelten die Möglichkeit zu geben, sich ein billiges und schmackhaftes, gesundes Stück Fleisch zu verschaffen, und um dies Ziel zu erreichen, ist nichts geeigneter, als für Ausbreitung der Kaninchenzucht zu wirken. Das Zuchtmaterial ist nicht allzu theuer, und in wenigen Monaten kann man schon schlachtreife Thiere haben. Jetzt zum Herbst ist gerade die günstigste Zeit zum Ankauf junger Thiere, und ist denjenigen, welche sich für die Kaninchenzucht interessieren, auf der am 7. und 8. September hier selbst im „Concordiagarten“ stattfindenden Ausstellung Gelegenheit zum Ankauf guter Zuchtthiere gegeben. Da das Kaninchenfleisch dem besten Ochsenfleisch gleichwerthig und ebenso nahrhaft als Hühnerfleisch ist, so ist es eigentlich sehr zu verwundern, daß nicht mehr Kaninchen zu Schlachtzwecken gezüchtet werden. Vielfach ist das Kaninchen bisher lediglich als Kinderpielzeug betrachtet worden, während dessen Zucht im Gegentheil eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung hat. Wir mögen die Kaninchenzucht von einer Seite betrachten, von welcher wir wollen, wir müssen, wenn wir ohne Vorurtheil urtheilen, sagen, daß sie von höchstem Interesse für den Nationalwohlstand ist. Möchten unsere Behörden bald zu dieser Einsicht kommen und die gute Sache kräftig unterstützen. Auch das Fell des Kaninchens läßt sich in der Pelzwaaren-Fabrikation verwerten, und aus gegerbtem Kaninchenleder macht man das feinste und weichste Stiefelchen-Oberleder, welches sogar das Kalbleder an Geschmeidigkeit und Haltbarkeit weit übertrifft; also wir dürfen mit Recht behaupten, daß alles und jedes Produkt dieses Thieres seinen hohen Werth hat. Gerade für unsere Arbeiterbevölkerung würde eine rationell betriebene Kaninchenzucht ein wahrer Segen sein, und würden wir dadurch erreichen, daß jede Arbeiterfamilie einen kräftigen und billigen Sonntagsbraten in der Pfanne hat.

Vom Hafen. In der letzten Woche gelangten 82 Seeschiffe, darunter die Hälfte Dampfer, hier an, auf dem Kanalwege 34 Fahrzeuge.

Die Wasserwärme der Badeanstalt des Krähenteiches betrug Mittwoch 16 Grad Celsius.

Im Zoologischen Garten, der sich in immer steigendem Maße der Gunst des Publikums zu erfreuen hat, sind dieser Tage wieder neu eingetroffen: 2 Riesenschilkröten (*Testudo elephantina*). Die Thiere haben eine Länge von 95 bezw. 100 cm und das kolossale Gewicht von 112 bezw. 143 Pfund. Der Gewichtstempel, vom 12. Juni 1902, befindet sich auf dem Rückenschild. Die Heimath der Thiere sind die Madaba-Inseln.

Eine amerikanische Millionär-Erbfchaft ist nach dem „Gen.-Anz.“ einem hiesigen Photographen zugefallen; das Blatt bemerkt ausdrücklich, daß es sich um keinen Schwindel handle.

Das eine dritte Person ein ungezogenes Kind züchtigen, wenn sie der lebende Theil oder auch nur der Henge einer Auaat desselben war? Diese gewiß interessante Frage ist kürzlich vom Leipziger Oberlandesgericht dahin beantwortet worden, daß eine solche Züchtigung gestattet ist. Dem Urtheile des sächsischen Gerichtshofes lag folgender Thatbestand zu Grunde: Ein Angeklagter hatte dem im 13. Lebensjahre stehenden Sohne des Privatnaglers, nachdem er ihn auf seinem Grundstücke beim Rischendiebthahl betroffen hatte, einen Schlag über das rechte Ohr versetzt. Wegen der ihm deshalb beigegebenen körperlichen Mißhandlung ist er in erster Instanz freigesprochen, in zweiter Instanz verurtheilt

worden. Dabei ist das Vernunftgesetz davon ausgegangen, daß der Angeklagte weder in berechtigter Nothwehr, noch auch in berechtigter Ausübung eines Züchtigungsrechtes gehandelt habe. Die vom Angeklagten eingelegte Revision hat Erfolg gehabt, das Urtheil ist aufgehoben, der Angeklagte freigesprochen worden. Aus der Begründung des Urtheils des Oberlandesgerichts sei das folgende hervorgehoben: Die Erfahrung des täglichen Lebens lehrt, daß bei der Erziehung der Kinder eine angemessene körperliche Züchtigung unerlässlich und unter Umständen das wirksamste Mittel sei, um auf ein Kind erzieherisch einzuwirken, sowie daß das Züchtigungsmittel der Regel nach seinem Zweck am meisten entspreche, also die heilsamste erzieherische Wirkung dann ausübe, wenn die Uebung der That auf dem Fuße folgt und die Züchtigung sofort nach Verübung der Ungezogenheit ertheilt wird. Daß dieser Standpunkt auch der Gesetzgebung nicht fern liege, sei von selbst gegeben. Denn andernfalls würde vom Gesetz nicht den Eltern und anderen zur Erziehung fremder Kinder berechtigten Personen ein Züchtigungsrecht ausgeübt worden sein. Auch sei es weiter in der Erfahrung des täglichen Lebens begründet, daß verständige, vernünftige Eltern damit einverstanden sein werden, wenn, falls, sie selbst in Folge Abwesenheit nicht in der Lage sind, die Ungezogenheit ihres Kindes alsbald zu ahnden, die an sich durch die Umstände gebotene sofortige Züchtigung vornehmen zu können, ein dritter und insbesondere ein solcher, der durch die Ungezogenheit des Kindes unmittelbar berührt wird, für sie eintritt und sofort an ihrer Stelle dem Kinde die Züchtigung ausüben läßt. Nehme nun auf Grund solcher Erfahrungen und in der Annahme, daß er damit nur den Willen der Eltern entspreche, ein dritter die Züchtigung eines ungezogenen fremden Kindes vor, so handle er solchenfalls nur im Einverständnis des an sich Berechtigten und sowohl mit dessen Zustimmung in Ausübung einer an sich diesem zustehenden Bestaats.

Die silberne Ehrendenkmünze für Rettung aus Gefahr hat der Senat dem Polizeibeamten a. D. D. W. F. J. S. verliehen. S. hat am 28. Juli ein achtjähriges Mädchen vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Ein Unfall, den ein Reisender auf dem Bahnhofe erlitten hatte, beschäftigte jüngst das Reichsgericht. Der Zug, welchen der Reisende benutzt hatte, war mit erheblicher Verspätung auf der Station angelangt, und der Reisende, der zur Weiterfahrt eine neue Fahrkarte zu lösen hatte, mußte sich — da ihn überdies der Schaffner noch besonders dazu ermahnte — sehr beeilen, um den Anschluß nicht zu verpassen. In seiner Hast stürzte er bei seiner Rückkehr vom Schalter über einen Gepäckwagen, wobei er sich eine Verletzung am Knie zuzog. Er verklagte den Eisenbahnbetriebsrat auf Schadenersatz, indem er behauptete, der Unfall sei „bei dem Betriebe“ der Eisenbahn vorgekommen, und der Fiskus sei demgemäß, nach § 1 des Haftpflichtgesetzes, ersatzpflichtig. Schon in der Vorinstanz waren die Ansprüche des Verletzten für berechtigt anerkannt worden, und auch das Reichsgericht hat, wie berichtet wird, seine Entscheidung ganz in demselben Sinne getroffen. Die Eisenbahnbetriebsbehörde hatte in ihrer Revision eingewandt, von einem Unfall „im Betriebe“ könne hier gar keine Rede sein, da der Reisende ja gar nicht während der Benutzung ihrer Verkehrsmittel zu Schaden gekommen sei, sondern außerhalb dieser, noch dazu durch seine eigene Schuld. Das Reichsgericht war dagegen der Meinung, man müsse hier trotzdem von einem „im Betriebe“ der Eisenbahn vorgekommenen Unglücksfall sprechen, da er sich auf dem Bahnsteige, also an einem Orte, der bestimmungsgemäß dem Eisenbahnbetriebe dient, ereignete. Ueberdies hatte der Reisende seine Fahrt noch nicht beendet, der Unfall stand also in ursächlichem Zusammenhange mit dem Eisenbahnbetriebe und war hervorgerufen durch ein außergewöhnliches Betriebsereigniß, die Zugverspätung, welche die besondere Cile des Fahrgastes zur Folge hatte.

Uebersicht der Geborenen und Gestorbenen in der Stadt Lübeck im Monat Juli 1902. Geboren sind 207 Kinder, davon 95 männlichen, 112 weiblichen Geschlechts, todtgeboren 3 Knaben, 1 Mädchen. Gestorben sind 59 Personen männlichen, 58 weiblichen Geschlechts, in Summe 117. Demnach Ueberschuß an Geburten 36 resp. 54, insgesammt 90. Auf 1000 Einwohner waren 28,88 Geburten, 16,32 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 21, von 1—5 Jahren 16, bis zu 10 Jahren: 3, bis zu 15: 1, bis zu 20: 3, bis zu 30: 7, bis zu 40: 5, bis zu 50: 7, bis zu 60: 15, bis zu 70: 15, bis zu 80: 15, bis zu 90: 9, über 90 Jahre: 0. Die Todesursache war Diphtherie in 2, Keuchhusten in 4, Tuberkulose in 19, Lungenerkrankung in 8, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 11, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall und Atrophie der Kinder in 8, Folgen des Wochenbetts in 1, Krebs in 4, angeborene Lebensschwäche in 4, Altersschwäche in 8, Unglücksfall in 3, Selbstmord in 2, Gelenkrheumatismus in 1, Herzleiden in 5, Krämpfe in 3, Nierenleiden in 3, Wasserlucht in 0, Schlagfluß in 5, Typhus in 0, Malaria in 8, Scharlach in 1, Milzbrand in 0, sonstige Krankheiten in 33, unbekannt in 1 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 40, Vorstadt St. Jürgen 10, St. Lorenz 34, St. Gertrud 13, die Krankenanstalten 20.

pb. Gottesgeldschwindlerin. Eine unbekante Frauensperson, die sich Caroline Seidel nannte, machte sich in hiesiger Stadt dadurch des Betruges schuldig, daß sie sich als Dienstmädchen vermittelte, das Miethegeld in Empfang nahm, aber den Dienst nicht antrat. Ermittelt wurde, daß die Schwindlerin mit der am 7. Juli 1881 in Stellbagen geborenen Arbeiterin Helene Sophie Marie Caroline Seidel identisch ist. Dieselbe hält sich verborgen.

pb. Kleine polizeiliche Nachrichten. In der Nacht vom 10. zum 11. d. Mts. wurden in einem an der Langezeile, sowie in einem an der Paulstraße belegenen Hause durch Steinwürfe mehrere Fensterstheile, sowie ein Blumentopf muthwillig zertrümmert. Als Thäter wurden ein Arbeiter und ein Schmiedegessele von hier ermittelt. — Gegen einen hiesigen Arbeiter wurde Anzeige wegen Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung und Bedrohung erstattet.

Parteienossen im Fürstenthum! Seht die Wählerlisten ein. Nur wer in der Wählerliste verzeichnet steht, ist stimmberechtigt!

Stoffeldorf. Die Liste der Urwähler zum oldenburgischen Landtage liegt von Sonnabend den 16. bis inkl. Montag den 18. August beim Gemeindevorstand aus. Nicht jedes Genossen ist es, sie einzusehen und sich ev. nachtragen zu lassen.

Cutin. Werden und Bergehen. Im verfloffenen Juli sind im Standesamtsbezirk Cutin 7 Kinder geboren, davon 6 im Stadt- und 1 im Landbezirk, gestorben sind 14 Personen, davon 12 im Stadt- und 2 im Landbezirk. Betraut wurden 3 Paare, davon 1 aus dem Stadt- und 2 aus dem Landbezirk. — Der Stadtmagistrat weist die Arbeitgeber erneut eindringlich darauf hin, daß für alle erwachsenen männlichen Arbeiter, sofern sie nicht in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt sind, Invaliden-Versicherungsmarken III. Lohnklasse (24 Pfg.) zu verwenden sind. Gedruckte Anweisungen über die zu verwendenden Marken können auf

dem Rathhause (Meldeamt) unentgeltlich in Empfang genommen werden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In der Schenkberger Gegend zeigen sich, wie dem „H. Fr.“ aus Reinfeld gemeldet wird, in diesem Jahre auffallend viel Kreuzottern. In einer Woche wurden von Arbeitern des Hofes Gr. Schenkberg nicht weniger als sieben dieser gefährlichen Reptilien getödtet. — Auf dem auf der Blohm u. Voß'schen Schiffswerft in Hamburg im Umbau befindlichen Reichspostdampfer „Reichstag“ stürzte Dienstag Nachmittag ein Ladebaum mitten in eine Anzahl Arbeiter hinein. Dem Schiffszimmermann Bomp wurde der Schädel zerfchmettert, so daß sofort der Tod eintrat. — Zwei Mormonen-Agenten, die sich selbst als „Missionare der Heiligen des jüngsten Tages“ bezeichneten, sind in Harburg verhaftet worden. Obwohl aus dem Gebiete des preussischen Staates ausgewiesen, waren sie von Hamburg gekommen, und hatten in Harburg Wohnung genommen. — Einen waghalsigen Fluchtversuch unternahm in diesen Tagen ein Insasse der Korrektionsanstalt in Glöckstadt. Mittels einer Leine, die er sich aus Kleidern und Bettluchern verfertigt hatte, ließ er sich aus einem Fenster des dritten Stockes herab, mußte aber, da die Leine viel zu kurz war, aus beträchtlicher Höhe herunterfallen. Hierbei verstauchte er sich den einen Fuß. Infolge der Verletzung konnte sich der Ausreißer nur etwa 3 Kilometer vom Ort entfernen. Dort wurde er festgenommen und seinem Heim wieder zugeführt. Er hatte bereits eine längere Gefängnißstrafe und jetzt eine Korrektionshaft bis auf 8 Monate abgeessen. — Wegen Stülmordverdachts hat sich am Dienstag vor der Strafkammer in Kiel das 17jährige Dienstmädchen Helene Dibern zu verantworten. Die Angeklagte hatte versucht, am 6. Mai d. J. ihre „Herrin“, die Frau des Postbau-Spektors Langhoff, zu tödten, indem sie ihr Salzsäure in eine Wasserkaraffe goß. Die Frau bemerkte jedoch sogleich die Vergiftung des Wassers; auch war die Wirkung so schwach, daß sie nicht hätte gefährlich werden können. Das Mädchen hat die That wegen schlechter Behandlung verübt. Das Gericht erkannte auf zwei Jahre Gefängniß; der Staatsanwalt hatte nur 1½ Jahre beantragt. — In Clobbenburg erscherte ein Großfeuer 15 Häuser ein.

Hamburg. Zur Aussperrung im Baugewerbe. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter schmilzt von Tag zu Tag immer mehr zusammen, bezugleich die der importirten Arbeitswilligen, die jetzt in hellen Scharen Hamburg den Rücken kehren. Die Innungsmeister zahlen den nach ihrer Meinung hohen Hamburger Lohn nur für eine entsprechende Arbeitsleistung, die von den eingeführten Streikbrechern nicht im entferntesten erreicht wird. Welche Mittel die Bauunternehmer angewandt haben, um Arbeitswillige nach Hamburg zu locken, dafür legt das Schreiben eines solchen, der wieder in seine Heimath zurückgekehrt ist, berebtes Zeugniß ab. Das Schreiben lautet:

„Der Unterzeichnete erklärt hierdurch, daß der Baumeister Paul Eder mich und einige hundert Kollegen von Wien nach Hamburg unter Vorpiegelung falscher Thatfachen gelockt hat. Der Arbeitsvertrag der Baugewerks-Innung ist mir und meinen Kollegen, welche gleichzeitig mit mir eingestellt wurden, nicht vorgelesen worden. Daß in Hamburg gestreikt wird, hat man uns vollständig verschwiegen. In Wien ist uns versprochen worden, während der Fahrt Verpflegung zu erhalten; diesem Versprechen ist Herr Eder in der Weise nachgekommen, daß wir in etwa 30 Stunden ein Stückchen Brod und Wurst und ein Glas Bier erhielten. Die Folgen dieser großartigen Verpflegung sind den auch nicht ausgieblieben, indem eine ganze Anzahl noch lange Zeit an Magenschmerzen gelitten hat. Bei dem Kollegen Stettler Gerold sind die Magenkrämpfe so heftig aufgetreten, daß derselbe einige Tage nach seiner Ankunft in Hamburg gestorben ist.“

Wien, 8 August 1902. Matthias Bekka.

Altona. Steuerdrückeberger. Eigenthümliche Entdeckungen sind, nach den „Mitt. Nachr.“, gelegentlich der jetzt seitens der städtischen Steuerbehörde beendigten Umfrage für die bevorstehende fünfjährige Grundsteuer-schätzungs-Periode gemacht worden. Zum Zwecke der Kontrolle sind sowohl die Miether als auch die Vermietther über die Höhe der Miete in den einzelnen Wohnungen befragt worden. Dabei hat sich nun herausgestellt, daß in außerordentlich vielen Fällen die Angaben der Miether von denen der Grundbesitzer ganz wesentlich abwichen. Um festzustellen, wer in den einzelnen Fällen Recht hat, sind seitens der Steuerbehörde jetzt umfassende Recherchen eingeleitet worden. Den Betreffenden, denen eine Steuerhinterziehung nachgewiesen werden kann, dürfte die Sache etwas theuer werden. In welcher Weise manche Hausbesitzer vorgehen, ist daraus ersichtlich, daß ein Besitzer von mehr als 20 Wohnungen sich persönlich zu seinen Mietthern begeben und jeden derselben ersucht hat, 30 Mk. Miete weniger anzugeben, als er in Wirklichkeit bezahlt. Die Mietther haben hier von sofort persönlich der Steuerbehörde Anzeige gemacht.

Kiel. Eine völlige Niederlage hat die Polizei in dem Prozeß gegen die „Kieler Neuesten Nachr.“ erlitten. Die angeklagten Redakteure sowie der Verleger, gegen welche bekanntlich die Polizeibehörde wegen der in dem Blatte aus Anlaß der unberechtigten Veröffentlichung eines jungen Mädchens veröffentlichten Angriffe auf die Polizei ein Strafverfahren eingeleitet hatte, wurden glänzend freigesprochen. — Auf dem großen Kreuzer „Fregate“ wurde am Dienstag Vormittag beim Kohlennehmen der Obermatrose Sculinski von einem herabfallenden Kohlenstück erschlagen. Der Tod trat sofort ein. Am Nachmittag fand auf demselben Schiffe ein weiterer Unglücksfall statt. Ein Oberheizer war damit beschäftigt, einen ausgeglühten Schornsteinmantel abzutragen. Plötzlich brach die Hängevorrichtung, in der er sich befand, und stürzte aus beträchtlicher Höhe auf Deck herab. Der Unglückliche wurde schwer verletzt.

Hensburg. Redakteur Simonson vom „Hensburg Anz.“, der bekanntlich am Montag wegen Verleumdung des Straffenates in einem Jahr Gefängniß verurtheilt worden war, wurde Mittwoch früh verhaftet, bald darauf aber gegen eine Kaution von 10 000 M. wieder auf freien Fuß gesetzt.

Sehte Nachrichten.

Rosenberg i. W. Nord aus Eisenacht. In Rautenberg erschach nach dem „B. Z.“ der Fußmannssohn Wilhelm Rautenberg den Arbeiterjohn Witzniewski aus Rautenberg aus Eisenacht über ein Diebesverhältniß, welches Ersterer mit einer

Mitbewerberin unterstellt. Der 18jährige Mörder gestand ohne Reue die That ein.

Stettin. Schwere Unglücksfall. Auf dem Rittergute Arden bei Tribbes ließ ein Arbeiter beim Hängenabladen seine Hölze fallen, die einem andern Arbeiter in die Brust drang. Als die Hölze herangezogen wurde, sank der bedauernswürdige Arbeiter tot zu Boden.

Breslau. Dreifacher Giftmord. Unter dem Verdacht eines dreifachen Giftmordes wurden nach der „Schl. Sta.“ vor etwa zwei Wochen der bei der Provinzialfeuerdirektion beschäftigte Kanalarbeiter Theodor Reichfeld und dessen etwa 23jährige Tochter in Untersuchungshaft genommen. Vor einiger Zeit war eines der Kinder Reichfelds unter eigenthümlichen Umständen gestorben, und vier Wochen später starb auch seine Frau unter denselben auffälligen Symptomen. Als vier Monate darauf wieder ein Kind auf gleiche Weise starb, schloffen die Ärzte Verdacht und veranlaßten die Beschlagnahme der Leiche und die Exhumierung der beiden anderen. In allen dreien wurde Arsenik gefunden, und daraufhin erfolgte die Verhaftung der beiden überlebenden Familienmitglieder. Beide erklärten, an dem unglücklichen Ende ihrer Angehörigen völlig unschuldig zu sein. In der Nacht zum 11. d. M. hat sich nun Theodor Reichfeld in der Untersuchungshaft das Leben genommen.

Gleitwig. Von einem tollen Hunde wurden hier zwölf Personen gebissen. Die Leute werden zur Beobachtung ihres Zustandes auf Kosten der Gemeinde nach Berlin in die Schutzimpfungs-Station geschickt.

Berlin. Luftmord. Eine grenzenlose Unthat ist, nach dem „Bot. Anz.“, am Mittwoch Nachmittag in der Jungfernhöhe in der Nähe von Blüthensee entdekt worden. Dort wurde in einer Schöpfung verfaßt die Leiche eines kleinen Mädchens aufgefunden,

an welcher ein Luftmord verübt worden ist. Die näheren Nachforschungen ergaben, daß es sich um die 9 Jahre alte Tochter der hiesigen Eheleute aus Charlottenburg handelt. Das Kind wurde seit Dienstag Abend vermißt. Der Thäter ist noch unbekannt.

Rathenow. Eisenbahn-Unglück. Dienstag Abend fuhr, wie das „Rathenower Kreisblatt“ meldet, auf der Eisenbahnstation Groß Budde ein Güterzug so heftig gegen den Bremsklotz, daß die Wagen ineinander geschoben und beide Gleise gesperrt wurden. Auf den Trümmerhaufen fuhr gleich darauf ein Personenzug auf und entgleiste. Personen wurden nicht verletzt; der Sachschaden ist aber nicht unerheblich.

Koburg. Verurtheilte Giftmischerinnen. Die 24jährige Guesron des Postfiscers Guther aus Neustadt, welche, wie f. Bt. gemeldet, ihren Mann, mit dem sie in unglücklicher Ehe lebte, mit Arsenik zu vergiften versuchte, wurde nunmehr vor der hiesigen Strafkammer zu 3 Jahren Gefängnis verurtheilt. Eine „weisse Frau“, die 63jährige verheiratete Finkel aus Sebnach, die das Gift beiforgte, erhielt wegen Verhülfe zwei Jahre Gefängnis und wegen der Gemeingefährlichkeit Zulässigkeit von Polizeiaufsicht.

Hildesheim. Schuze im August. Mittwoch Morgen wurde hier ein leichtes Schnerzstößer beobachtet.

Nassau. Ein bissiger Liebhaber. Aus Eifersucht lödte ein 23jähriger Korbmacher Nachts seine Geliebte, eine Ladnerin, in einen Hof und ließ ihr, nachdem er sie zu erdroffeln versucht hatte, jedoch durch das Dazwischentreten eines taubstummen Arbeiters daran verhindert worden war, die Nase bis zum Nasenbein vollständig durch.

Wag. Schwere Schneefall herrscht seit Montag in ganz Steiermark. Auch aus weniger bergigem Niveau wird böses winterliches Wetter gemeldet. Die Erdoberfläche scheint völlig aus dem Loth gekommen zu sein!

Stockholm. Die Reichsbank bezahlt drei von der Staatskasse angestellte Schecks von 3000, 5000 und 9000 Kronen aus, welche auf 30 000, 50 000 und 90 000 Kronen angesetzt waren, und erlitt hierdurch einen empfindlichen Verlust. Die Untersuchung ist im Gange.

Briefkasten.

Zwei Streitende. Die Schwalben sind über alle Erdtheile verbreitet, in den Ländern mit wirtlichen Winter Jagdögel, in wärmeren Stridbäl. Die deutlichen Arten ziehen bis in die südlichsten Länder Afrikas; daß einzelne, in Schlamm eingebettet, den Winter im Norden verbringen, gehört ins Reich der Fabel. In Spanien und Italien werden Schwalben leiber auch vielfach gefressen.

Äbender Marktpreise vom 13 August.

Vanern-Butter 1,00 Mt., Meierei-Butter 1,10 Mt., Hasen Stk. —, — Mt., Enten Stk. 2 60 Mt., Hühner Stk. 1 60 Mt., Kälber Stk. 1, — Mt., Tauben Stk. 0 50 Mt., Gänse Pfd. —, — Mt., Gledgans — Mt., Schweinskopf 0 50 Mt., Schinken Pfd. 1 10 Mt., Brust Pfd. 1 20 Mt., Eier 9 Stk 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karffen Pfd. 1 00 Mt., Karanthen Pfd. 80 Pfg., Hecht Pfd 60 Pfg., Bortche Pfd. 60 Pfg., Mal Pfd. 0 80 Mt.

Steiermark-Markmarkt.

Der Abnehmermarkt verlief gut. Der Markt wurde 220 L. ab, davon vom Herbst —, vom Samstag — Stk. Preise: Sengweine — Mt., Perlweine — Mt., 64 — 64 Mt., Leichte 64 — 65 Mt., Ganze 51 57 Mt., und 60 — 62 Mt. pr 100 L.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter. Nachruf.

Am Dienstag den 12. d. M. starb nach langem schweren Leiden unser Mitglied, der Bauarbeiter **F. Schmidt.**

Seine Leiche wird am Freitag den 15. d. Morgens 9 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Allgemeinen Gottesackers aus statt. Versammlung der Teilnehmer 8 1/2 Uhr im Vereinshaus.

Der Vorstand.

Für die mit beim Ableben meines lieben unvergesslichen Vaters erwiesene herzliche Theilnahme spreche ich dem Zentralverband der Zimmerer Deutschlands meinen tiefgefühlten Dank aus.

Elisabeth Freund Wwe.

Für die Gratulationen und Anmerkungen zu unserer Silbernen Hochzeit sagen Allen herzlichsten Dank.

Joh. Rewollt und Frau.

Zu sofort ein freundliches möbl. Zimmer zu vermieten. Frießstraße 17, II.

Eine kl. Wohnung zu vermieten Depenan 21.

Zum 1. Okt. eine abgechl. 3. Etage, enth. 2 Zimmer, Küche mit Wasser und Zubehör, Preis 180 Mt. Beschoffstraße 38 a. Zu melden auf der 3. Etage.

Zum 1. Oktober eine freundliche Wohnung für einzelne Leute. Lüneburger 12. Darfste ein leeres Zimmer.

Ein guterhaltener Kinderwagen mit Gummiräder ist billig zu verkaufen. Lüneburger 15.

Kaufe ausgekämmtes Haar zu den höchsten Preisen. C. Müller, Friseur, Johannisstraße 3.

BROCKHAUS' DIXIKON
NEU REVIDIRTE
BROCKHAUS' AUSGABE
ACHTER BAND
ERSCHIEN
SOEBER. N 12

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** 10.
und vertheilt durch gute Arbeit und sehr billige Preise. U. A. :
Schuhe . . . 1,80 — 6,45
Hosen . . . 2,60 — 6,75
Schnitten . . . 1,55 — 5,25
Hemden . . . 0,88 — 2,35
Jacken . . . 1,38 — 3,25
kleine Jacken, Hosen und gerade, 1,23
Kleider, Hemden, Schlichterjacken, Hemden, etc.
Kleider-Kleider erträglich billig
Haben von 30 Pfg bis 1 88 Mt.

Neu erschienen :
Weltall und Menschheit.
Naturwunder und Menschenwerke.
Geschichte der Erforschung der Natur und Verwerthung der Naturkräfte im Dienste der Völker.
Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.
Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen, zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.
Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.
Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.
Das Werk wird zum ersten Mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwerthung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 50.

Achtung!
Jeder Arbeiter, der rechte Kernsohlen unter seine Stiefel haben will, der gehe in die Besohlung-Anstalt von
August Löffler, 45 Danforthgrube 45.
Herren-Sohlen 1,50 Mt. Herren-Abfälle 0,50 Mt.
Damen-Sohlen 1,00 Mt. Damen-Abfälle 0,40 Mt.
Kinder-Sohlen von 60 Pfg. an.
Mache besonders aufmerksam, daß sich Jeder mein Leder ansehen kann.
Für den Winterbedarf
empfehle zu billigst gehaltenen Preisen :
Westfal. Salon-Cafes
jeglicher Körnung, beste Qualität, für jede Heizung geeignet.
Hamb. u. hier. Gas-Cafes zu Tagespreisen.
Prima engl. Anthracitkohlen, böhm. Braunkohlen, engl. Anfkohlen, Brikets, sowie Grude, Meilerkohlen, Torf und Brennholz.
Sämmtl. Brennmaterialien werden trocken u. grußfrei geliefert.
Für richtiges Maß und Gewicht wird garantiert.
Carl Clement, Johannisstr. 70.
Pa. ger. Vorderthüren
auf dem Lande gerüstet
im Ganzen per Pfd. 80 Pf., einzelne Stücke 90 Pf.
M. Labritz, Bülthert. 1291.
Schwedisches Brennholz
direkt ab Schiff, empfiehlt billigst
Th. Kruse
Fernsprecher 1289. Untertrabe 60.

Prima Saubwaren. Arbeiter-Garderoben, Hosen, Jacken, Tappen, Wäsche-Artikel, Hüte, Mützen, Wollwaren und diverse Manufactur
empfeilt bestens und billigst
Rud. Kracht, Rabeburger Allee 40.
NB. Sämmtliche obigen Artikel auch zu haben bei **Karl Wille, Schütup.**

Arbeiter-Bildungsschule
Besichtigung der Stadtwasserkunst am Sonntag den 17. August. Treffpunkt Morgens präcise 1/9 Uhr beim Rande-laber hinter der Röhlenhorbrücke. Um zahlreiches Erscheinen erjudt
Der Vorstand.

Achtung!
Pastdierearbeiter!
Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 15. August
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.
Tages-Ordnung:
1. Kartellbericht.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Be richt

über die

parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Fortsetzung.

Die Regierung und die herrschenden Parteien verzichteten jedoch von vornherein darauf, unsere Vorschläge überhaupt eingehend zu diskutieren. Die Regierung hatte durch die Bundesstaaten und die Polizeibehörden eine Erhebung über den Umfang der Arbeitslosigkeit vornehmen lassen und auf Grund der ihm zu Theil gewordenen Antworten bestritt der Staatssekretär Posadowsky nun das Vorhandensein eines außergewöhnlichen Nothstandes. Er erklärte weiter, daß seitens der beteiligten Ressorts bereits Alles geschehe, der Vergrößerung der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken, daß aber das Reich keine Fürsorge für die Arbeitslosen auszuüben brauche; es sei dies vielmehr Sache der Einzelstaaten und der Kommunen. Noch nicht einmal zu einer Arbeitslosenzählung war die Regierung geneigt. Der Staatssekretär erklärte sie für die schwierigste Aufgabe, die überhaupt existiere. Im Uebrigen sah er die Lösung der Arbeitslosenfrage in einem Zurückführen der Arbeiter in die Familien, Ansiedelung der Arbeiter auf dem platten Lande und Vermeidung des Zustromens der Bevölkerung nach den Industriezentren.

Die herrschenden Parteien machten sich die Erwiderung auf unsere Interpellation noch leichter. Das Zentrum hatte für die Arbeitslosen viele salbungsvolle Worte, aber eine energische Initiative zu ergreifen, fiel ihm gar nicht ein. Was die Freisinnigen anführten, war mehr ein Lamento über die den kleinen Kapitalisten in der Krise verloren gegangenen Gelder, als ein Wort der Fürsorge für die Arbeitslosen. Wollens die Richterlichen Freisinnigen stimmten dem Staatssekretär darin zu, daß das Reich nichts gegen die Arbeitslosigkeit thun könne. Die Nationalliberalen ließen zwar durch ihren ersten Redner ein paar bedauernde Worte über die Noth der Arbeitslosen sagen, verhielten aber hernach dem weisfällischen Bergwerksbesitzer Hilke das Wort, der den Kohlenwucher und die Preisvertheuerungspolitik der Syndikate auf die Händler abwälzte, der Syndikatspolitik überhaupt ein begeistertes Loblied sang und schließlich gegen die Arbeitslosigkeit den Mittellandkanal empfahl, der bekanntlich noch in weiter Ferne steht. Graf Kanitz, als Redner der Junter, zog einen Unterschied zwischen Arbeitslosen und Arbeitslosen und ein anderer Redner der Junter feierte als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit den — Zolltarif, der die Produktionsverhältnisse der Arbeitgeber besser schütze.

Gegenüber diesem Verhalten der herrschenden Parteien hatte der zweite Redner unserer Fraktion Recht, als er der Mehrheit sagte, die Erfahrungen der Krise sollten den Gegnern Anlaß sein, nicht mehr über den „Zukunftstaat“ zu spotten. Wenn die herrschende Gesellschaft sich unfähig erweise, die Anarchie der Produktion zu bändigen, so müßten eben die Arbeiter die Wirtschaftsweise in die Hand nehmen.

So machte der Verlauf der Debatte den Arbeitern im Lande wieder einmal die Augen darüber auf, was sie von den arbeiterfreundlichen Phrasen der bürgerlichen Parteien im Ernstfalle zu halten haben.

Eine weitere von uns eingebrachte Interpellation betraf den Versuch der Beuthener Polizeibehörde, das Beuthener Arbeiterssekretariat als Gewerbebetrieb zur Anmeldung zu zwingen. Wir sahen in dem Vorgehen der Beuthener Polizeibehörde gegen den Arbeiterssekretär Genossen Dr. Winter in Beuthen, der mit Geldstrafen belegt worden war, um ihn zur Anmeldung des Arbeiterssekretariats als Gewerbebetrieb zu zwingen, einen Verstoß gegen den klaren Wortlaut der Gewerbeordnung. Der Vorgang erschien uns

von prinzipieller Bedeutung, weil das Beuthener Beispiel leicht auch für die von Arbeitern begründeten Sekretariate in anderen Orten von schlimmen Folgen hätte sein können. Der Staatssekretär Posadowsky gab darauf die Erklärung ab, daß er nach den Vorgängen in Beuthen sich sofort an den preussischen Justizminister gewandt habe. Dieser habe die Beuthener Anklagebehörde angewiesen, von einer Strafverfolgung abzusehen. Der Justizminister habe weiter unter dem 15. Januar 1902 an sämtliche Staatsanwälte eine Anweisung dahin erlassen, daß die von den Gewerkschaftskartellen errichteten Arbeiterssekretariate nicht als Gewerbebetriebe anzusehen sind und daher nicht dem § 35 der Gewerbeordnung unterliegen.

Nach dieser befriedigenden Erklärung konnten wir von einer weiteren Besprechung der Interpellation Abstand nehmen.

In dieser Tagung brachte auch das Zentrum wieder seine bekannte Interpellation zwecks Aufhebung des Jesuitengesetzes ein. Obwohl das Zentrum der Regierung brav apporrtirt, was diese nur irgend verlangt, steht die Jesuitenfrage noch immer auf demselben Fleck. Das Zentrum ist es seinen Wählern schuldig, diesen Rest der Kulturkampzeit immer wieder auf den Schild zu heben. Macht dies doch den Eindruck, als sei das Zentrum eine unterdrückte Partei, die für die angeblich gefährdete Sache des Katholizismus kämpft. Die Jesuitenfrage des Bundesrathes ist noch immer groß genug, um der Rückberufung der Jesuiten zu widerstehen. Wenn sie nicht inzwischen überwunden ist! Denn vom Regierungstische wurde die Erklärung abgegeben, es sei zu erwarten, daß noch in dieser Session die verbündeten Regierungen sich zur schwebenden Frage schlüssig machen würden. Das Zentrum wird schließlich seine Jesuiten bekommen.

Unser alter Standpunkt zur Sache: Nur her mit den Jesuiten, hat sich in keiner Weise geändert. Unser Redner, der diesen Standpunkt begründete, gab den Mitgliefern des Zentrums, der unentbehrlichen Bewilligungspartei der Regierung, unter fürmlicher Heiterkeit des Hauses den guten Rath: sie sollten doch Alle als Mitglieder in den Jesuitenorden eintreten, dann würden sie sehen, wie schnell sich die Regierung zur Aufhebung des Jesuitengesetzes entschließen würde.

Eine Interpellation der Reichsparteiler Krenndt u. Gen. beschäftigte sich mit der Beihilfe für die Kriegsinvaliden. Da sich der Reichstag alljährlich mit dieser Sache befaßt und deshalb in allen Fraktionsberichten darüber geschrieben worden ist, kann sie hier kurz behandelt werden.

Die Regierung erwiderte auf die Interpellation, welche die rechtsstehenden Parteien immer mit großem Eifer unterstützen, weil sie der Stimmung in den Kriegervereinskreisen, die sie bei den Wahlen nötig haben, Rechnung tragen müssen, daß ihr Wohlwollen seine Grenze habe in den verfügbaren Mitteln. Diese fehlten und die Reichstag verhalte sich den Steuerplänen der Regierung gegenüber ablehnend.

Von unserem Redner wurde dem und den Agitationsreden der Gegner gegenüber wieder auf den Antrag hingewiesen, den wir schon früher gestellt hatten, den Kriegstheilnehmern die bewilligte und überdies „wegen Mangels finanzieller Mittel“ verweigerte jährliche Beihilfe von 120 Mk. auf 160 Mk. zu erhöhen. Damals aber hatte die Regierung gesagt, mit 120 Mk. könne man ein zwar bescheidenes, aber doch von der öffentlichen Wohlthätigkeit unabhängiges Leben führen. Und die Konservativen hatten gesagt, Leute mit 120 Mk. baarem Gelde würden von den kleinen Leuten auf dem Lande gern aufgenommen. Unser Standpunkt sei: Geld für die Veteranen sei genügend vorhanden, wenn der Reichstag nur die überflüssigen Ausgaben nicht bewilligen möchte.

Am 20. Januar d. J. nahm dann übrigens der Reichstag einstimmig einen von allen Parteien unterstützten Antrag an, durch welchen die Regierungen ersucht wurden, „durch einen Nachtragsetat zum Reichs-Haushaltsetat für das Rechnungsjahr 1902 die Auszahlung aller auf Grund des

Gesetzes vom 22. Mai 1895 bewilligten Beihilfen an Kriegstheilnehmer vom 1. Januar 1902 ab herbeizuführen“. Die dergestalt im Nachtragsetat eingestellte Summe beträgt 1300 000 Mk. (Siehe die Statistiken.)

Unsere Fraktion hat von jeher die Verpflichtung des Reiches anerkannt, für die invaliden Militärpersonen ausgiebiger zu sorgen, als es jetzt geschieht. Da von Seiten der Regierung erklärt wird, es seien keine Mittel vorhanden, halten wir für den gangbarsten Weg, solche aufzubringen, die Reichs-Einkommensteuer. Mögen die Wohlhabenden des Reiches, die für den Militarismus eintreten, auch für seine Opfer sorgen. Diesen unseren Standpunkt nahm unser Redner auch gegenüber der nationalliberalen Interpellation, betreffend die baldige Revision der Militärpensions-Gesetze, ein. Die Nationalliberalen brachten diese Interpellation mehr aus Rücksicht auf die verabschiedeten Offiziere ein, die ihnen natürlich sehr am Herzen liegen. Auch jetzt gab die Regierung wieder die Erklärung ab, der Grund, weshalb die im Kriegsministerium längst fertig gestellten Gesetze noch nicht eingebracht wären, sei, daß das Geld zur Durchführung der Reform mangle. Unser Redner erklärte, daß wir den Offizieren gönnten, was ihnen zukomme, jedoch auch verlangten, daß dieselbe Fürsorge für die Mannschaften und ihre Hinterbliebenen gelte. Uns sei es zu verdanken, wenn bei dem letzten Gesetze von 1901 wenigstens eine kleine Erhöhung der Fürsorge für die Mannschaften eingetreten sei, in dessen sei der Abstand zwischen den Summen für die Offiziere und für die Mannschaften noch immer viel zu groß.

Durch eine Interpellation der Polen kamen die Vorgänge in Breschen im Reichstage zur Besprechung. Das Verhalten des Reichsanzlers entsprach dabei dem Standpunkte, den er im Abgeordnetenhaus als Vertreter der preussischen Regierung wie überhaupt in der preussischen Polenpolitik eingenommen hat. Nach einer längeren Erklärung des Inhalts, daß er sich an der Besprechung der Interpellation nicht beteiligen werde und daß er auch fernerhin dafür sorgen werde, daß „das Deutschtum im Osten nicht unter die Räder kommt“ — also die preussische Polenpolitik in hergebrachter Weise fortgesetzt wird — verließ er an der Spitze sämtlicher Minister den Saal. Polen und Zentrum wetteiferten in der Fürsorge für die polnische Bevölkerung im preussischen Osten. Haben doch die Hoppolen im preussischen Abgeordnetenhaus wie auch im Reichstag, und hat doch auch das Zentrum bei den Wahlen die polnische Bevölkerung nötig. Das hindert aber weder die Polen noch das Zentrum, in allen sonstigen Fragen in der schlimmsten Weise gegen die Interessen der ausgebeuteten polnischen Arbeiterbevölkerung zu sündigen. Nur in ihrer national-polnischen Opposition gegen die Regierung trennen sich die Polen des Reichstages von der Rechten, weil es ihr persönliches Interesse erfordert. In allen übrigen Fragen sind sie ebenso reaktionär wie der schlimmste preussische Junter und halten auch auf inimen gesellschaftlichen Verkehr mit diesen. Die polnische Bevölkerung bedarf daher eines andern Anwalts, den mit der polnischen Arbeiterschaft vor allen Dingen das Klasseninteresse verbindet. Als dieser erwies sich auch in der Polendebatte wiederum die Sozialdemokratie. Unsere Fraktion sah in ihrer Kritik der Breschener Schulprügel und dem, was ihnen folgte, den Hausfriedensbruchs-Anlagen und den schweren Freiheitsstrafen, den Kern: den verurtheilenswerthen Versuch einer Majorität, einer sprachlichen Minorität ihre Sprache aufzuzwingen. Diese Art Germanisationspolitik sei nur ein Bestandtheil der Klassenherrschaft, und wenn die bevorrechteten Klassen der polnischen Bevölkerung bei uns dieselben Herrschaftsrechte ausüben könnten wie das preussische Juntertum oder die galizische Schlichta, dann hätten die polnischen Proletarier von ihnen auch nicht viel Besseres zu erwarten. Wir verlangen Sprachtoleranz so gut wie Regierungstoleranz, denn die Kenntniß der Mutter-

Der Socinianer.

Eine Kriminalgeschichte aus Lübeck, die vor zweihundert Jahren passirt ist.

(10. Fortsetzung.)

„Oder kurz“, murmelte die Mutter. Dann wandte sie sich an das Mädchen. „Anna, denke an Deinen Zustand, er erscheint die größte Vorsicht. Schone Dich für Dein Kind, rathe ich Dir, denn es giebt auf Erden keine größere Liebe als die der Mutter zu ihrem Kinde. Darum, meine Tochter, bezwinge Dich. Du bedarfst der Ruhe. Gehe fort von hier.“

Anna fühlte nur zu gut, daß ihre Kräfte zu Ende waren. Sie sah ihren Geliebten fragend an.

Peter verlor in Nachdenken.

„Wenn es denn nicht anders sein kann“, sprach er endlich, „so mag es sein.“

„Es scheint Dir nicht lieb zu sein, wenn ich gehe,“ erwiderte das Mädchen, „aber es muß sein, ich muß von Dir scheiden, ich kann nicht mehr.“

„So geh' mit Gott, Anna!“ sagte der junge Günther und reichte ihr die Hand. Das Mädchen hing sich an seinen Hals und weinte laut. „Aber Anna, warum weinst Du denn so sehr?“ fragte der Jüngling sie küßend. „Wir nehmen ja keinen Abschied für das Leben. Morgen sehen wir uns wieder.“

Anna riß sich los und verließ zögernden Schrittes in Begleitung des Gefährlichen das Gefängniß.

Mutter und Sohn waren allein. Der letztere spitzte das Ohr und horchte auf die Schritte seiner sich immer weiter entfernenden Braut. Als er hörte, wie die schwere Gefängnißthür sich schloß, blickte er die Mutter an voll der inavignen Sehnsucht.

„Nun ist Anna wieder im Freien,“ seufzte er und strich

sich über die heiße Stirn. „Ich aber bin noch immer in diesem elenden Loch.“

„Sagte der Superintendent Petersen nicht vorhin, daß er noch heute die Nachricht von Deiner Begnadigung erwartete?“ fragte die Mutter.

„Allerdings sagte er das, Mutter,“ erwiderte der junge Mann, „und wir können uns auf sein Wort verlassen, wie auf das Wort der Bibel. O, er hat unendlich viel für mich gethan. Wenn ich freikomme, so ist es allein sein Werk. Ich bin keinem Menschen so dankbar wie ihm.“

Die Wittve antwortete nicht. Sie löste das Tuch, welches sie um die Schultern geschlagen hatte, nahm ihren Strohhut ab und setzte sich neben ihren Sohn. „Wenn nun Alles so geht, wie Du denkst,“ hob sie nach einer Pause an, „ich meine, Peter, wenn Du wirklich begnadigt wirst, was gedenkst Du dann zu thun? In Deinem Vaterlande kannst Du nicht bleiben, die Kinder würden mit Fingern auf Dich zeigen.“

„Ich habe auch schon daran gedacht,“ sagte Peter, „und bin zu dem Entschluß gekommen, auszuwandern und mir eine neue Heimath zu gründen, wenn Anna es zufrieden ist.“

„Und ich begleite Dich!“ rief die Mutter, sich begessend. „Aber,“ lenkte sie ein, „wer weiß, ob Anna einwilligen wird.“

„O, meine liebe Mutter,“ betheuerte Günther. „Anna thut, was ich will. Und auch ihr wird es lieb sein, wenn wir dieses Land, in welchem mir solche Ungerechtigkeit widerfahren ist, auf immer meiden. Gib mir die Hand, Mutter! Wir ziehen in ein anderes Land. Dort werden wir wieder glücklich werden!“

Die alte Frau neigte den Kopf und schwieg. Da öffnete sich das in der Thür angebrachte Schiebefenster, und der Gefangenwärter schob einen Kopf herein, der das Mittagessen des Gefangenen enthielt.

„Jetzt wollen wir essen, Mutter,“ sagte ihr Sohn. „Du

wirft Dich überzeugen, daß mir der alte Mann wohl will. Mein Mittagbrod ist immer schmacht. Nur ist er gar zu ängstlich. Er hält Thür und Fenster stets fest verschlossen und läßt nicht genug frische Luft herein, an die ich doch von Jugend auf gewöhnt bin. Er könnte die Thür angelweit öffnen, ich liebe ihm nicht davon.“

„Das kann er nicht ändern, der Mann thut, wie ihm befohlen ist“, war die Antwort der Mutter.

„Ich zürne ihm auch nicht“, sagte Peter. „Er ist ein wirklich guter Mann. Wenn er mein Urtheil zu sprechen gehabt hätte, dann wäre ich längst wieder frei. Doch komm nun, Mutter, und is. Es ist reichlich genug für Dich und mich.“

Er setzte sich an den Tisch und aß mit gutem Appetit. Die Mutter wollte seine Einladung nicht abschlagen. Sie zwang, so sauer es ihr wurde, einen um den andern Bissen hinunter.

„So gut wie diese Mahlzeit hat es mir lange nicht geschmeckt“, meinte der Jüngling, als er fertig war. „Ach, wenn doch Anna auch da wäre! Nun, morgen ist es überstanden, dann will ich froh sein!“

„Es ist nur gut, daß der Bürgermeister Kerdring mein Gönner ist“, plauderte er weiter. „Wenn alle die hohen Herren in Lübeck, namentlich die Diener der Kirche, so gesinnt wären wie er, dann sähe es anders in diesem Freistaate aus, dann sähe ich nicht in diesem fürchtbaren Kerker. Auch der gute Herr Superintendent glaubt, daß der Bürgermeister Kerdring hauptsächlich wohl der Mann ist, dem ich mein Leben und meine Freiheit zu verdanken haben werde.“

Die Mutter schüttelte trübe mit dem Kopf und sagte: „Auf wen willst Du Dich verlassen? Auf den Bürgermeister Kerdring?“

„Ja gewiß, auf ihn“, erwiderte der Jüngling mit großer Zuversicht. „Er ist mit dem Herrn Superinten-

sprache sei die Grundlage aller Bildung. Im Uebrigen zeigte unser Redner an den Beispielen schwerer Verurtheilungen unserer in der Parteibewegung stehenden politischen Genossen, wie wir ganz besonders unter dem System zu leiden hätten. Unser Redner schloß mit dem Hinweis, daß die Lösung der polnischen Frage erst erreicht werde mit dem Erwachen des Klassenbewußtseins des polnischen Proletariats und seinem Anschluß an das Proletariat aller Länder. Das sei zugleich die Lösung der Nationalitätenfrage in ihrer Gesamtheit, denn für das Klassenbewußte Proletariat gäbe es keine Nationalität.

Diese Ausführungen begleitete der Chorus unser „nationalen“ Gegner theils mit Lärm, theils mit Hohnlachen, und bewies so am besten, wie wenig er überhaupt die Qualifikation besitzt, die Nationalitätenfrage im Osten zu lösen.

Das bekannte Duell zwischen den Leutnants Blaskowitz und Hilbrand zu Insterburg war die Veranlassung zu der nationalliberalen Duell-Interpellation. Der Vorgang war bekanntlich der, daß der Leutnant Blaskowitz im Kampf dem Leutnant Hilbrand, der ihn gemeinschaftlich mit dem Leutnant Rasmussen aus einer Thüre, woselbst er zur Nachzeit betrunken hockte, nach Hause brachte, im Hause einen Schlag gab. Dadurch war dem Leutnant Hilbrand eine jener Beleidigungen zugefügt, die nach dem militärischen Ehrbegriff nur „mit Blut abgewaschen“ werden können. Die Folge: ein Zweikampf; Blaskowitz, der übrigens kurz vor seiner Heirat stand, blieb todt auf dem Plage. Hilbrand erhielt zwei Jahre Festung.

Dieses Duell hatte eine so allgemeine Erregung hervorgerufen, daß die bürgerlichen Parteien gar nicht anders konnten, als es zum Gegenstande einer Betsprechung zu machen. Unsere Fraktion nahm den einzig richtigen Standpunkt ein, indem sie den Erlaß einer kaiserlichen Verordnung verlangte, wonach der Zweikampf unter Offizieren unter allen Umständen verboten sei. Dann würden die Ehrengerichte sich wohl erst besinnen, bevor sie ein Duell für unabweislich erklärten. Und mit dem Duell in der Armee würde auch der Zweikampf innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft verschwinden.

Anstatt sich dem anzuschließen, führten die Gegner wieder einmal eine ihrer bekannten Duelldebatten auf, die schließlich breit und fruchtlos im Sande verlaufen.

Entgegen den Behauptungen unserer Gegner, daß unsere parlamentarische Thätigkeit sich in einer angeblich unfruchtbaren Kritik erschöpfe, während wir praktisch nichts zu schaffen vermöchten, hat die Fraktion bei passender Gelegenheit immer aufs Neue die Initiative ergriffen, bestehende Mißstände durch ausgearbeitete Gesetzentwürfe zu beseitigen und unsere Gesetzgebung im Geiste der Zeit zu reformiren. Zwar berührt uns das Gebot über die angeblich „unfruchtbare Kritik“ in keiner Weise. Solche Vorwürfe sind überhaupt nur möglich, weil unsere Gegner von der Vorstellung beherrscht sind, der Reichstag sei eine Art Bedienter der Regierung, der nach einiger „zulässiger“ Kritik wacker Gesetzentwürfe anzunehmen habe und dessen Thätigkeit damit erschöpft sei. Daß der jeweilige Reichstag, als der Ausdruck des Volkswillens, über den Ministerien steht und den Forderungen des Volkes bei der Regierung Geltung zu verschaffen hat, wollen die Gegner nicht einsehen. Gerade von diesem Standpunkt aus hat die Volksvertretung eine vorwiegend kritische Thätigkeit zu entfalten; ihre Bemängelungen und Anregungen hernach in Paragraphen und Gesetzentwürfen überlassen, welche, wie einer unserer Redner einmal humorvoll bemerkte, „die Fabrikation von Gesetzentwürfen gewerbsmäßig betreiben.“ Nur soweit die Regierung den Anregungen nicht Folge leistet, sei es, daß sie nicht will oder es nicht zu können glaubt, hat der Reichstag selbst durch die Vorlegung ausgearbeiteter Gesetzentwürfe die Initiative zu ergreifen.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Von den Hafenarbeitern der süddeutschen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft in Regensburg legten 10 Mann die Arbeit nieder, weil ihnen für Ausladung von Eisenbahnen, was eine äußerst anstrengende Arbeit ist, nur ein sehr niedriger Lohn bezahlt wurde. Von der Centralleitung des Handels- und Transportarbeiter-Bundes wurde der Streik genehmigt.

Vorwärts ist die Lösung. In Gersthofen,

denen befreundet und nimmt diesem darin bei, daß ich ungeschuldig bin.“

Die Mutter blinzelte ihren Sohn so schmerzhaft und so bekümmert an, daß er fragte: „Weißt Du etwas Näheres über den Bürgermeister? Wenn es der Fall, so sage es mir unmissverständlich, denn auf mich wirkt nichts so nachtheilig, wie die Ungewißheit.“

„Ich weiß nichts, mein Sohn“, erwiderte die Mutter. Sie konnte es nicht über sich gewinnen, dem Gefangenen zu erzählen, daß Anna die Gnade des Bürgermeisters vergeblich angerufen hatte. Sie brach das Gespräch daher ab und bat ihn, sich nicht gar zu sehr aufzuregen und sich, da er so angegriffen sei, lieber niederzulegen und etwas auszuruhen.

„Du hast recht, Mutter, ich fühle mich unbeschreiblich matt“, antwortete Peter.

„So schlaf, mein Sohn, das wird Dich stärken“, wiederholte die Mutter ihre Bitte.

Der junge Mensch legte den Kopf auf den Strohhaß, schloß die Augen und war bald darauf eingeschlafen.

Wie durchwachte der Schmerz des Herzes der alten Frau, als sie das blaue Gesicht ihres geliebten Kindes, seine tiefstehendes Augen, seine eingefallenen Wangen, seine blauen Lippen wahrnahm! Sie wiederbrachte aber jeden Schmerz und verzweifelnd sah sie, daß er nicht zu werden. Nach einer Stunde wurde die Thür geöffnet, der Schließer gab der Frau einen Wink, ihm zu folgen. Sie erschrocken, geschrie aber nachher. Im Korridor wartete der Gefangene auf sie. Als sie den traurigen Ausdruck seines Gesichtes bemerkte, machte sie sich so stark zu Boden auf dem Pfeiler festhalten, damit sie nicht zu Boden stürzte. Sie erholte sich indes schnell nach der Empfindung, die sie empfand: „Meine gute Frau Günther, ich war jeden wegen

einem Dorfe im Wahlkreise Augsburg-Wertingen, ist ein sozialdemokratischer Verein gegründet worden, dem bereits 20 Mitglieder angehören.

Die Kreisconferenz für den Wahlkreis Gießen-Grünberg stellte als Reichstagskandidaten den Genossen Kaufmann Eduard Krumm in Gießen auf.

Gewerkschaftliche Organisation in Posen. Die Zahl der organisierten Arbeiter in der Stadt Posen betrug am 1. Juli in den Jahren 1896: 172, 1898: 333, 1900: 1140, 1902: 3502. In den letzten beiden Jahren ist es gelungen, sich durchweg die zehnstündige Arbeitszeit mit entsprechenden Lohnhöhungen für alle Berufe zur Durchführung zu bringen.

Das schlechte Pflaster in Halberstadt war der Gegenstand einer Volksnotiz in der Magdeburgerischen „Volksstimme“ gewesen. Dadurch hatte sich der erste Bürgermeister von Halberstadt beleidigt gefühlt, und der Redakteur des Blattes, Genosse Markwald, wurde dafür von der Strafkammer in Magdeburg wegen formaler Beleidigung zu 200 Mark Geldstrafe verurtheilt.

Ein deutscher Tischlermeister-Streikverein ist in Düsseldorf gegründet worden. „Arbeitgeber-Schutzverband des deutschen Tischler-Innungsverbandes“, das ist der lange Name der am 5. August auf dem 19. Verbandstage des Bundes deutscher Tischler-Innungen erfolgten Gründung. Die Herren sollten doch so ehrlich sein und offen sagen: Wir gründen einen Kampfbund zur Wahrung unserer Interessen gegenüber den Arbeitern unseres Gewerbes. Damit wäre das Kind beim rechten Namen genannt. Der Schutzverband bezweckt ja doch nichts anderes, als — wenn es nur möglich wäre — die Arbeiter an einer Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu hindern. In Düsseldorf wurde freilich gesagt, der Schutzverband solle seine Mitglieder gegen ungerechtfertigte Ausstände der Gesellen möglichst schützen, und ihnen den aus solchen Ausständen verursachten Schaden vergüten. Ja, giebt es denn nach Ansicht der Innungsmeister überhaupt gerechtfertigte Ausstände? Der Berliner Obermeister Kahardt ist zum Vorsitzenden des Schutzverbandes bestimmt worden. Herr Kahardt ist in Düsseldorf, wie man das von ihm gewohnt ist, auch noch in anderer Hinsicht als schneidiger Kämpfer gegen die Arbeiterbewegung aufgetreten. Er erklärte sich als entschiedenen Gegner paritätischer Arbeitsnachweise, denn die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber seien ein Hauptkampfmittel gegen „unberechtigter“ Forderungen der Arbeiter. Die Kämpfe um den Arbeitsnachweis in Berlin haben, wie der „Vorwärts“ bemerkt, gezeigt, daß es den Schanzmachern im Innungsverbande doch nicht gelingt, mit der Arbeiterorganisation, dem Holzarbeiter-Verband, fertig zu werden. Dieser Erkenntnis entspringt denn wohl die in Düsseldorf angenommene Resolution, die verlangt, daß die Strafbestimmungen des § 153 der Gewerbeordnung erweitert und besonders das Streikpöbeln bestraft werden soll. Natürlich, wenn die eigene Kraft der Innungselben nicht mehr ausreicht, um die Arbeiterbewegung niederzuhalten, dann soll die Gesetzgebung den Unternehmern dienlich gemacht werden. Daß die Bäume der Holzindustriellen nicht in den Himmel wachsen, dafür werden ja die Vertreter der Arbeiter sorgen.

Aus Nah und Fern.

Keine Spenden Vertraulichkeiten! Vor dem Kriegsgericht in Spandau hatte sich am Sonnabend der Unteroffizier der Reserve, Achterberg, im Garde-Fuß-Artillerie-Regiment wegen Mißhandlung eines Untergebenen und der Kanonier Krüger nebst drei anderen Gemeinen desselben Regiments wegen Achtungsverletzung zu verantworten. Achterberg, der beim Regiment als Einjährig-Freiwilliger gedient hatte, begegnete an einem Sonntag den vier Kanonieren auf der Straße; dieselben unterließen das vorchristliche Grinsen und Krüger, der den Unteroffizier noch von der Einjährig-Dienstzeit her kannte, redete ihn an, wobei er ihn ersuchte, eine Lage Bier auszugeben; gleichzeitig sagte er ihm vertraulich am Arm. Der Unteroffizier sagte diese Handlungsweise als Kränkung auf und ohferte den Kanonier Krüger angeht, mehrere Zivilpersonen. Im Hauptverhandlungstermin behauptete Achterberg, daß er den Kanonier in der Nothwehr geohrfeigt hätte. Er wurde von der Anklage der Mißhandlung freigesprochen. Dagegen wurden die Kanonisten der Achtungsverletzung für schuldig erachtet und Krüger zu zweimonatlich Monaten Festung, die anderen drei Angeklagten zu sieben Tagen Mittelarrest verurtheilt.

Euers Sohnes Begnadigung bei dem Herrn Bürgermeister Kerdring!

„Und dieser hat das Gnadengesuch rundweg abgewiesen“, rief die Witwe heftig ein.

„Hofft auf Gott!“ sprach Peterjen sie tröstend. „Noch ist ja Leben vorhanden, und so lange der Athem ein- und ausgeht, ist die Hoffnung nicht verloren. Gottes Allmacht kann die Sache in einer Minute zum Guten wenden.“

„Köge Gott den Menschen in seiner letzten Stunde auch verlassen!“ rief Frau Günther. „Köge Gottes Gnade und Barmherzigkeit ihm niemals zu Theil werden und wenn er noch so sehr danach wimmert!“

Der Geistliche sagte ernst: „Sprecht nicht so lieblos und hart. Das soll kein Christ.“ Der Bürgermeister Kerdring hat mir zwar mitgetheilt, er könne mit seinen Freunden im Rath nicht so durchdringen, wie er gern wollte, weil die Mehrzahl seiner Kollegen gegen die Begnadigung Euers Sohnes ist, aber er hat mir versprochen, heute Abend noch eine Rathsitzung anzuberufen und sich in derselben nachdrücklich für den Gefangenen, von dessen Unschuld er überzeugt ist, zu verwenden. Und er ist ein anständiger Mann, der streng bei der Wahrheit bleibt, der treu seine Pflicht erfüllt und sich nicht von der Leidenschaft beherrschen läßt. Ihr seht also, liebe Frau, daß immer noch einige Hoffnung vorhanden ist.“

„Ja, eine Hoffnung, die in der Last plattet“, verzog die Witwe. „Diese Hoffnung gleicht einer Seifenblase, die das leiseste Lästchen zerstört. Verloren ist, wer sich auf den Bürgermeister Kerdring verläßt. Bei diesem Menschen ist jegliche Bitter vergeblich, er ist herzlos und unbarmherzig, aber die Strafe wird ihn ereilen!“

„Ihr thut dem Bürgermeister Kerdring schmerzliches Unrecht“, nahm Peterjen das Wort. „Er ist ein rechtlicher

Der Begriff der „Nothwehr“ scheint hier wirklich etwas recht weit ausgedehnt worden zu sein.

Der Fall Löhring auf dem Brettl. Im Kaiserparken in Posen tritt gegenwärtig mit großem Erfolg der Humorist Hans Reimers auf. Dieser trägt u. A. auch ein humoristisches Potpourri vor, das folgenden Vers enthält:

Zur Heirath will sich niemand gern bequemen, Denn sehr riskant ist's, sich ein Weib zu nehmen; Die Auskift wird für Mädchen immer schlechter, Besonders aber für Feldweibelkötter.

Die Anspielung auf die bekannte Posener „Affaire“ wird vom Publikum stets mit verständnißvollem stürmischen Beifall aufgenommen.

Einen tiefen Einblick in die Anschauungen des niederbayerischen Landvolkes läßt eine Erklärung thun, welche der katholische Hilfsarbeiter Michael Knapp in Frauenburg bei Dingolfing in der „Sargz.“ veröffentlicht. Es war ihm vorgeworfen worden, daß er am 27. Juli eingetretenes Hagelwetter nicht verhindert habe, und er erklärte nun: „Da mir auf allen Wegen und bei jeder Gelegenheit der bittere Vorwurf ins Gesicht geschleudert wird, als hätte ich am vergangenen Sonntag, wie das verheerende Hagelwetter über unsere Gegend hereinbrach, meine Pflicht und Aufgabe nicht erfüllt, weil ich das Gewitterläuten unterließ, so kann und muß ich konstatiren, daß mir dieses schon vor mehr als einem Jahre von maßgebender Stelle aus verboten und unterjagt wurde; es konnte daher auch an diesem Unglückstage nicht mehr meine Pflicht sein, wegen des Gewitters zu läuten, auch wäre es mir, da ich von meinem Hause aus das Gewitter nicht bemerken konnte, unmöglich gewesen, nach Wunsch und Willen der Gemeindeglieder an Ort und Stelle mich einzufinden, zudem das Gewitter fast augenblicklich hereinbrach. In trockenen Jahren, wenn Regen schwer ersiebt wurde, wurde oft geschimpft, wenn ich das Wetterläuten besorgte; diesmal, weil es hagelte, schimpft man, weil ich das Läuten unterließ — eine harte Sache, es Allen recht zu machen. Ich muß daher diese ungerechten Vorwürfe und Beleidigungen von Seiten der Gemeindeglieder zurückweisen und es nicht hingehen lassen, daß man mich einen pflichtvergessenen und nachlässigen Menschen nennt. Ich meine, daß ich meiner Pflicht jeder Zeit getreu und gewissenhaft nachgekommen bin und wird dies auch in Zukunft der Fall sein. Dies zur Wahrung meiner Ehre.“ — Selbstverständlich ist in diesen Gegenden Zentrum Trumpf!

Ein Seitenstück zu dem Fall des Pastors Horst in Mansbach, der, wie wir mittheilten, das Gesundheitsamt unter Vermeidung ärztlicher Hilfe empfohlen hat, und gegen den ein Disziplinarverfahren schwebt, erregte in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts großes Aufsehen. Im Jahre 1734 wurde dem Kanzler der Universität Halle, v. Lubwig, die Streitfrage zur Entscheidung vorgelegt, ob ein Christ den Herrgott um eine Erhöhung der Kornpreise und, im Interesse der Landwirtschaft, um eine allgemeine Theuerung bitten dürfe. Ein Agrarier von damals hatte das Gebot als erlaubt bezeichnet, der Ortspfarrer dagegen eine derartige Bitte als sündhaft erklärt, so daß die Weiden in ein ernsthaftes Zerwürfniß gerathen waren. Der Kanzler untersuchte die Angelegenheit gründlich unter Aufbietung aller seiner Gelehrsamkeit und kam zu dem Schlusse, es sei unbedenklich, im Gebet eine Theuerung herbeizuwünschen. Der Pfarrer erhielt darüber eine gehörige Nase. — Es ist mitunter sehr schwer, die wahre Gläubigkeit mit dem Staats- oder sonst irgend einem einflussreichen Privatinteresse in Einklang zu halten.

Eine erschütternde Tragödie aus dem Leben hat sich in Budapest abgespielt. Vor wenigstens Wochen war der Bräutigam der Blumenmacherin Ida Fürst gestorben, wenige Stunden bevor das Paar fürs Leben vereint werden sollte. Alltäglich seit dem Tode des jungen Mannes ging das Mädchen in der Abendstunde auf den Friedhof hinaus, um am Grabe des Geliebten zu beten. Für den größten Theil ihres targen Verdienstes kaufte sie Blumen und Bouquets, um damit das Grab zu schmücken. Für den Rest ihrer Ersparnisse ließ sie dem jungen Mann einen Grabstein setzen. Vorgestern Abend kam das Mädchen wie gewöhnlich auf den Friedhof. Mit den Blumen, die sie mitgebracht hatte, wollte sie den Grabstein befränzen. Als sie den Kranz um den Marmor winden wollte, stürzte der Stein um und begrub das Mädchen unter sich. Wenige Stunden später erlag sie den erlittenen schweren Verletzungen. Ihr Wamsch, mit ihrem Bräutigam im Tode vereint zu sein, war erfüllt.

und edler Mann. Ich hoffe noch jetzt auf die Rettung Euers Sohnes durch ihn, obgleich die ganze Klerisei dagegen ist. Gott, der die Herzen der Menschen lenkt, wird auch die Herzen der Rathsherren lenken, auf daß sie gerecht und mild urtheilen. Laßt uns also auch jetzt noch hoffen, Frau Günther, und nicht dem Hass und der Rachsucht Raum geben, damit nicht die Liebe, die das erste und vornehmste Gebot des Christenthums ist, verdrängt werde.“

Die Alte hatte den Geistlichen aufmerksam angesehen, es war ihr kein Wort von dem, was er sprach, entgangen, und sie hatte sich davon überzeugt, daß er wirklich noch auf ein gutes Ende hoffte. „Wenn ich zu rasch und zu vornehmlich geurtheilt haben sollte“, sagte sie mild, „so holtet es dem Schmerz einer Mutter um den unschuldigen Sohn zu Gute. Wann wird der Rath die letzte Entscheidung fällen?“

„Nach heute Abend, und spätestens morgen früh werden wir erfahren, ob es zum Leben oder zum Tode geht. Ich hoffe, es geht zum Leben!“ erwiderte Peterjen.

Beide trennten sich. Der Geistliche kehrte zurück in die Stadt, die Mutter aber ging wieder zu ihrem Sohne, den sie noch schlafend antraf. Sie setzte sich zu ihm und hütete seinen Schlaf.

„Für dieses Leben bist Du verloren mein Sohn!“ flüsterte sie. „Das ist so gewiß, wie Tag und Nacht wechselfeln! Aber Du sollst gerächt werden, das schwöre ich Dir! Deine Unschuld kann ich nicht an das Tageslicht bringen, aber das Rächertum werde ich verrichten. Ja, das werde ich, so wahr ich Deine Mutter bin! Glaube meinem Worte, Peter, das hat noch nie gelogen!“

Der Jüngling schrak zusammen und schlug die Augen auf, fiel aber von Neuem in Schlaf, als er sah, daß Niemand bei ihm saß als seine Mutter. (Fortsetzung folgt.)